DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER Seite 6

Trubel im Corona-Ausschuss: Rechtsanwalt Dr. Reiner Füllmich im DW-Interview Seite 7

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 104. Samstag 10. September 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Markus Fiedler: **Steigende Sterberaten nach der Injektion** Seite 3. Hermann Ploppa: **Karamellbonbons statt Hilfen** Seite 9

PRAG STEHT AUF!

GEGEN NATO, BRÜSSEL UND CORONA-LÜGE

Wie lange wird Annalena Bärbock noch im deutschen Außenministerium von ihrer Kriegsbegeisterung stammeln?

Wie lange noch wird der Tiefe Staat aus Washington, London und Brüssel den totalen Krieg gegen die Menschen mit Corona-Totalitarismus, Nato-Expansion und Verarmungspolitik durchhalten? Wann werden die Menschen aufstehen und eine sie belügende, mordende und unterdrückende Struktur restlos abbauen?

Wenn es nach Tschechien geht, hat es begonnen. Am Samstag, den 3. September 2022, versammelten sich tschechische Familien, Frauen, Männer und Kinder auf dem geschichtsträchtigen Wenzelsplatz in Prag. Soldaten, Mitglieder der Exekutive und erfahrene Revolutionäre aus dem Jahr 1989 schlossen sich ihnen an.

Am Nachmittag gab die Prager Polizei die Zahl von 70.000 Demonstranten aus. Später musste die Zahl korrigiert werden, weil sie nicht stimmte, als politische Zahl zu gering ausgefallen war. Weiter Seite 11

WAS WILL DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG?

Der Fünf-Punkte-Plan. Die deutsche Demokratiebewegung strebt seit 28. März 2020 mit täglichen Abstimmungen im ganzen Land an: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. *So steht es seit 28. März 2020 unter anderem auf der Bewegungsseite* NichtOhneUns.de.

#FreeBallweg

Ein Herz für Querdenker

Bürgerrechtler Michael Ballweg wurde mit Querdenken zum Volkshelden. Von Propagandisten wurde er antisemitisch verleumdet: »Geldgierig«, »trickreich«, »mit Monarchisten im Bunde«. Am 29. Juni 2022 wurde er zuhause abgeholt und nach Stammheim gebracht. Seither wächst die Demokratiebewegung täglich Seite 6

Fotos: Partei Die Basis (o.l.), BONVIVANT/CZ/Ruptly (Titel), apolut.net (u.r.), DW/Ute Feuerstacke (Herz), Titelgestaltung und Gestaltungskonzept seit #DW1 Anselm Lenz

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 104. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

- Statistiker Tom Lausen erhält Preis der Republik, Seite 2
- US-Präsident dreht durch: »Biden, der Beißer«, Seite 4
- Politik & Recht: Strotmann, Haintz, Sattelmaier, Seite 5
- Polizisten für Aufklärung: Amt unter der Lupe, Seite 6
- Hannes Henkelmann trifft Platon-Versteher, Seite 8
- Die Wirtschaft mit Ploppa und GreulichW ab Seite 9
- Nina Maleika im großen DW-Interview, Seiten 12/13
- Deutscher Wahn: Zum Documenta-Eklat, Seite 14
- Sport mit Berthold Seite 15
- Grundgesetz Seite 16

Statistiker mit Gewissen

Preis der Republik geht an Tom Lausen. | LAUDATIO von Hermann Ploppa



Durch seine dicke Hornbrille sieht der aus Hamburg stammende Statistiker die Zahlenkolonnen besonders scharf.

Und wo andere Experten seiner Zunft dann doch lieber wegschauen wenn es unbequem zu werden droht, da schaut Tom Lausen nun gerade besonders genau hin. Und scheut dann auch nicht die Öffentlichkeit. Relativ früh wies Lausen überzeugend nach, dass es im Jahre 2020 gegenüber dem Vorjahr eher weniger Bettenbelegungen wegen gefährlicher Erkrankungen gegeben hat.

Dem Chef einer kleinen Betriebskrankenkasse, Andreas Schöfbeck, ebenfalls Preisträger der Republik, erstellte er Hochrechnungen. Die ergaben, dass im Jahre 2021 etwa zweieinhalb bis drei Millionen Patienten einen Arzt wegen Impfnebenwirkungen aufgesucht haben mussten. Aufgrund einer Anfrage im Gesundheitsausschuss des Bundestages musste die Kassenärztliche Bundesvereinigung ihre Statistiken herausgeben. Diese bestätigten die Hochrechnungen von Lausen auf ganzer Linie.

Tom Lausen hat wesentlich zur Aufklärung über die Gefährlichkeit der mRNA-Impfungen beigetragen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Tom Lausen. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens.



Ute Feuerstacke ist Grafik- und Set-Designerin in Berlin.

HOCH GESCHÄTZTE LESERSCHAFT!

HERZLICHE GRÜßE AUS DEM DW ATELIER, IN DEM SEIT 2 JAHREN TAG UND NACHT VON MONTAG BIS DONNERSTAG DIESE ZEITUNG GESTALTET UND ZUSAMMENGESETZT WIRD. DAS REGIME LEGT UNS IMMER MEHR FESSELN AN, DOCH WIR HALTEN ZUSAMMEN UND WEITER KRAFTVOLL DAGEGEN. DAS UNVERFÄLSCHBARE GEDRUCKTE WORT IST DAHER WICHTIGER DENN JE.

FRIEDEN, FREIHEIT, WAHRHEIT! IN DIESEM SINNE: RESISTANCE! UND VIEL SPAß MIT DER NEUEN AUSGABE.
HOCHACHTUNGSVOLL

Ein tragikomisches Schicksal

EINWURF *von Werner Köhne*

Eine Szene wie in einem Drama von Shakespear'schen Ausmaßen: Michail Gorbatschow steht in der Duma, dem russischen Parlament, am Rednerpult.

Da kommt der massige Boris Jelzin von der Seite auf ihn zu und drängt den gequält lächelnden Präsidenten vom Pult weg, gibt ihm so zu verstehen: deine Zeit ist vorbei, die Geschichte geht weiter – ohne dich. Das »Ereignis« – so lässt sich hier einmal ein Terminus aus der Postmoderne sinnvoll aufgreifen – wird damals 1991 in alle Welt übertragen. Der »King of big chance« wird gedemütigt und jeder schaut zu.

Wie haben sich damals all die gefühlt, die zuvor ihr persönliches und politisches Schicksal mit dem Gorbatschows verbunden hatten: die Repräsentanten der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft etwa, die zu ihren Gunsten mit ihm verhandelt hatten, aber ihn dann im Regen hatten stehen lassen; die Menschen aus den Ländern des Ostblocks, die in fiebriger Erwartung ihrer staatlichen Unabhängigkeit an Gorbatschow, dem sie doch so vieles zu verdanken hatten, keinen Gedanken mehr verschwenden wollten; und nicht zuletzt die Menschen in Russland selbst, die zwischen Perestroika, Glasnost und dem Gefühl, gerade einem historischen Absturz beizuwohnen, hin und her schwankten.

Gorbatschow war Akteur und zugleich ein Getriebener der Geschichte. Einer, der nicht zu spät kam und den das Leben doch bestrafte. Er hat die Welt bewegt wie seit dem Zweiten Weltkrieg kein anderer Politiker vor ihm. Er hat dabei geholfen, dass der Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetreichs unblutig verlief; nicht einmal in den kühnsten Träumen hatte man das für möglich gehalten; Er war der *Pusher* und Architekt der deutschen Wiedervereinigung.

In Michail Gorbatschow haben sich Geschichte und Eigensinn durchmischt. In seinem tragikomischen Schicksal, das wahrlich an das von Shakespeare-Figuren erinnert, spiegelt sich das Versagen fast aller Beteiligten – vor allem das der Nutznießer aus dem Westen. In Schnappatmung und voll von Hintergedanken wollten sich die Sieger vor 30 Jahren alles nehmen. Das führte zu dem, was wir nun erleben.



DAS GROẞE STERBEN GEHT WEITER

Internationale Forschungen belegen: Übersterblichkeit hängt mit Gen-Impfung zusammen. | Von Markus Fiedler



Sterbefallzahlen zeigen: Es gab nie einen Corona-Killervirus. *Foto: Georgi Belickin*

Es stimmt sehr traurig, dass tagtäglich viele Menschen an den Folgen der Gen-Impfungen sterben. Allerdings lässt das auch den zynischen Gedanken zu, dass es sich hierbei um ein unfreiwilliges sozialdarwinistisches Evolutionsexperiment handelt.

Nur die tauglichen und bestens an die Umwelt angepassten überleben: »Survival of the fittest«. Und das sind offensichtlich nicht diejenigen, die sich die Gen-Spritze haben geben lassen. Dass das großangelegte Experiment eindeutig einer eugenischen Agenda folgt, habe ich in mehreren Artikeln bereits festgestellt. Nur diesmal werden nicht irgendwelche angenommenen menschlichen Unterrassen dezimiert, sondern die naiven und leichtgläubigen Bürger, die alles unhinterfragt über sich ergehen lassen.

Das sind gleichzeitig diejenigen, die sehr einfach zu regieren sind. Wenn die Leichtgläubigen nach und nach wegsterben und nur noch die renitenten Querköpfe übrigbleiben, frage ich mich, wie sich das die Lauterbachs und Co. mit dem Regieren vorstellen. Da muss der totalitäre Staat schon zu massiven Repressalien greifen. Gewaltherrschaft kann man aber nur ausüben, wenn man die nötigen Polizei- und Militärkräfte hat. Aber auch die erleben gerade einen noch nie dagewesenen Krankenstand nebst vielen unerwarteten Todesfällen nach den Gen-Impfungen.

DIE AUFKLÄRUNG MUSS WEITERGEHEN

Wir vom Demokratischen Widerstand könnten uns also gelassen zurücklehnen, denn das große Sterben hat erst begonnen und es sterben unsere politischen Gegner aus deren Reihen wir uns als »gefährliche Sozialschädlinge« (Rainer Stinner, FDP), »Asoziale Vollidioten« und »asoziale Trittbrettfahrer« (Eckhard von Hirschhausen) bezeichnen lassen mussten oder uns die Polizei mit »Pfefferspray und Schlagstöcken« auf den Hals gewünscht wurde.

Diese zynische Denkweise vertreten wir allerdings nicht. Wir versuchen so viele wie möglich vor dem Schlimmsten zu retten, in dem wir sie über die Folgen der als Impfung getarnten Genbehandlung informieren. Daher im folgenden die neuesten Entwicklungen in Sachen »Corona-Impfstoffe«.

Der Moderator Mark Steyn berichtete beim Sender *GBNews* von einer konstanten durchschnittlichen Übersterblichkeit in Großbritannien von etwa 1.000 Menschen pro Woche – das gesamte Jahr 2022 hindurch. Zusätzlich werden zahlreiche plötzlich verstorbene Sportler aufgezählt. Wir berichteten bereits über dieses Phänomen im Zusammenhang mit den Gen-Impfungen.

In den freien englischsprachigen Medien findet diese Debatte eine noch größere Resonanz als hier in Deutschland. Der Sender *GBNews* hat auf Youtube knapp 550.000 Abonnenten. Mark Steyn interviewte die Autorin Kathy Gygnell von der Internetpublikation *The conservative Woman*. Kathy Gygnell berichtete wiederum über ganz viele Beweise aus Deutschland, die ihrer Meinung nach die tödliche Wirkung der Medikamente nachweisen. Darunter ein Lebensversicherungs-CEO aus den USA, der aussagte, dass »Todesfälle bei Menschen im Alter von 18 bis 64 um 40 Prozent« gestiegen seien. Die Krankenkasse BKK meldete eine siebenmal höhere Rate an schweren Komplikationen, als vom Paul Ehrlich-Institut angegeben.

4.000 TOTE ZUSÄTZLICH JEDEN MONAT

Will Jones untersuchte die Daten einer britischen Statistikbehörde (Office of National Statistics) und fand dort zunächst 5.000 Tote im Juni, die als nicht Covid-Fälle der Übersterblichkeit zugerechnet wurden, die sich bis Juli auf 9.000 Fälle erhöhten um im August die Zahl 12.500 erreichten. Das sind etwa 4.000 Tote zusätzlich jeden Monat. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Toten an den Folgen der Impfungen gestorben sind, ist sehr sehr hoch, wenn man die Gesamtlage der statistischen Zahlen besonders im Hinblick auf die Zeiträume beobachtet. Der Autor Guy Hatchard beobachtete ähnliche Todesraten in Neuseeland und fragte, ob der »Stich« schuld daran sei.

OFFENSICHTLICHE KORRELATION IN STERBEFALLSTATISTIKEN

Will Jones Analyse der Todesfälle nach Datum des Auftretens zeigt eine offensichtliche Korrelation mit der Einführung von Impfstoffdosen in der Frühjahrsauffrischungskampagne unter über 75-Jährigen in England. Das gleiche kennen wir aus Deutschland, wie bereits berichtet. Und die Engländer kamen auch wie der Pathologe Prof. Dr. Arne Burkhardt zur Erkenntnis, dass die Todesursachen mit der Erkrankung des Herzens und der Blutgefäße einhergingen. Auch darüber haben wir bereits im Dezember 2021 berichtet. Jetzt ist eine neue Studie im Vorabdruck *online* gegangen. Die Autoren Christoph Kuhbandner (Psychologe in Regensburg) und Matthias Reitzner (Statistiker in Osnabrück) stellen darin einen Zusammenhang zwischen Übersterblichkeit und den Nebenwirkungen der Gen-Impfungen her.

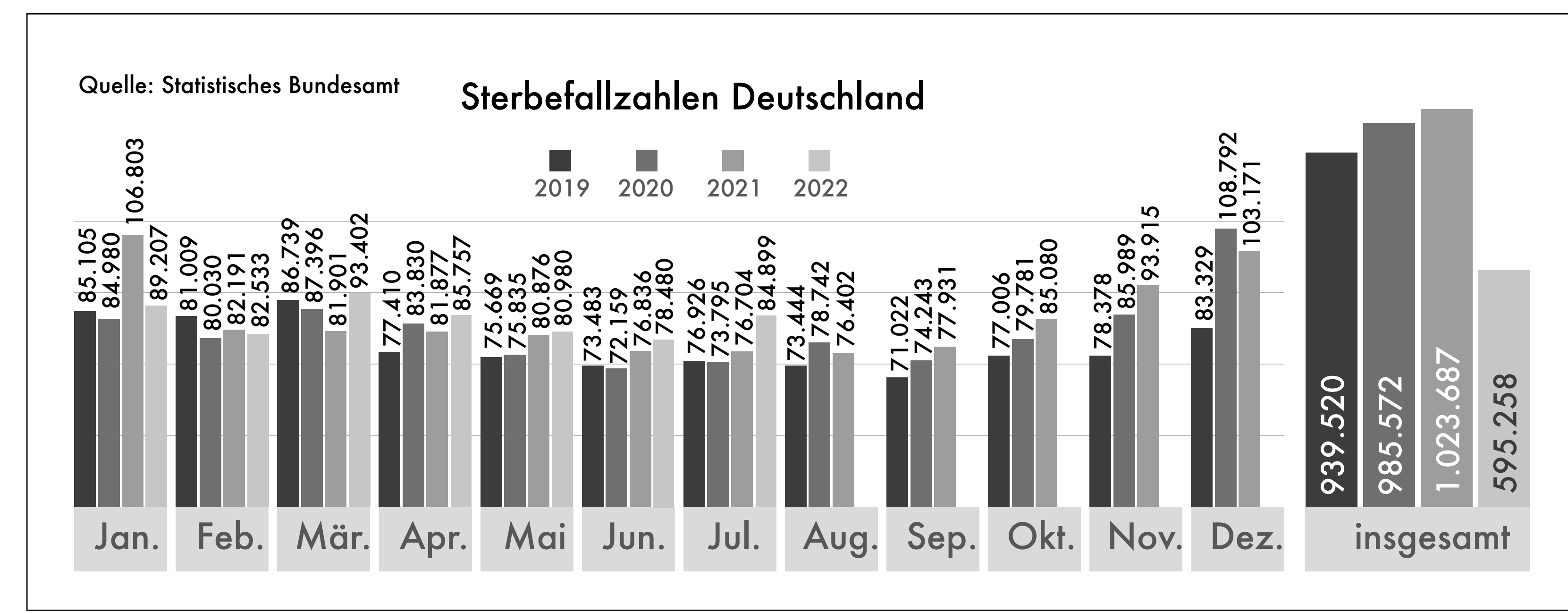
Zitat aus dem *Abstract*: »Die Übersterblichkeit im Jahr 2021 war fast ausschließlich auf eine Zunahme der Todesfälle im Alter zwischen 15 und 79 Jahren zurückzuführen und begannen sich erst ab April 2021 anzusammeln. Ein ähnliches Sterblichkeitsmuster wurde bei Totgeburten mit einer Zunahme von etwa 11 Prozent im zweiten Quartal des Jahres 2021 beobachtet. Irgendetwas muss im April 2021 passiert sein, das zu einem plötzlichen und anhaltenden Anstieg der Sterblichkeit in den Altersgruppen unter 80 Jahren geführt hat. Es wurden bisher keine derartigen Auswirkungen auf Sterblichkeit während der Covid-19-Pandemie beobachtet.« (Maschinelle Übersetzung, korrigiert) Die Autoren kamen unter anderem zum Ergebnis: »Als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen zur Erklärung dieses Sterblichkeitsmusters verglichen wir die Übersterblichkeit mit der Zahl der gemeldeten Covid-19-Todesfälle und der Anzahl der Covid-19-Impfungen. Dies führt zu mehreren offenen Fragen. Davon die wichtigste betrifft die Kovariation zwischen der Übersterblichkeit und dem Covid-19 Impfungen.« (Maschinelle Übersetzung, korrigiert)

Hier stellen Statistiker einen Zusammenhang zwischen Todesfällen und den Covid-19-Gen-Impfungen her. Das ist eine neue Dimension im widerstreitenden Meinungskampf zu den Gen-Impfungen. Der *Blogger* Eugyppius ging auf diese Studie ein und kommentierte: »Daher stellen die Autoren fest, dass der ›weitere Hinweis‹, dass die Impfstoffe an diesen Todesfällen beteiligt sind, ›die Tatsache ist, dass die Altersgruppe null bis 29 im Juni 2021 statt im April 2021 einen Höhepunkt der Übersterblichkeit aufweist‹. Genau diese jüngeren Kohorten standen (zu diesem Zeitpunkt) Schlange für ihre erste Dosis.« (Maschinelle Übersetzung, korrigiert) Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Text ist *online* auf demokratischerwiderstand.de/artikel/ und auf dem renommierten Journalistenportal *apolut.net* inklusive aller Fußnoten und Quellenangaben zu lesen.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG



Mindestens 200.000 Tschechen wandten sich am 3. September gegen Nato-Krieg, Teuerung und den Corona-Spritzengenozid, siehe Seiten 1 und 11. Foto: FotozDarmAdam (CC)

DIE KRIMINALISIERUNG DER WÄRME

Rom/Bern/DW. Die ersten europäischen Länder beginnen damit, das Heizen oberhalb einer bestimmten Temperaturhöhe in den Rang eines Straftatbestandes zu erheben. Private Haushalte sollen nur noch bis zu einer Grad-Obergrenze heizen dürfen, damit die Versorgung der Industriebetriebe gesichert bleibt. In Italien drohen bei Verstößen hohe Geldstrafen im vierstelligen Bereich. Ebenso in der Schweiz. Wenn Bürger »vorsätzlich« ihre Wohnung wärmer heizen als erlaubt, sind in der Alpenrepublik sogar Freiheitsstrafen möglich. Die Einhaltung der Heizobergrenze soll stichprobenartig durch die Polizei kontrolliert werden. (nir)

SCHOTTEN UND ITALIENER VERBRENNEN RECHNUNGEN

Glasgiw/Neapel/DW. Im Zuge oppositioneller Kundgebungen in der schottischen Stadt Glasgow sowie der mittelitalienischen Stadt Neapel kam es am zurückliegenden Wochenende zu demonstrativen Verbrennungen von Erdgasrechnungen. Die Kostenbescheide mit inflationären Preissteigerungen von teils über 120 Prozent waren unter anderem vom Vattenfall-Konzern ausgestellt worden. Auch bei Benzinpreisen gibt es weltweit fadenscheinige Diskrepanzen: Im polnischen Grenzgebiet kostet ein Liter Super-Benzin weiterhin umgerechnet rund 1,40 Euro, während auf der deutschen Seite teils über zwei Euro bezahlt werden müssen. (ale)

SKANDAL IN STEGLITZ

Berlin/DW. Die Unterorganisationen der deutschen Regierungsparteien wollen Berliner Montagsspaziergänger kriminalisieren. DW liegt eine »Beschlussempfehlung« der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf vor, der am 14. September im Bürgersaal des Rathauses zwischen 19 und 20 Uhr zugestimmt werden soll. (sma/ale)

Biden der Beißer

In ungewohnt scharfer Form attackierte US-Präsident Joe Biden seinen vermutlichen Herausforderer für die Wahlen im Jahre 2024, Donald Trump. | KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Die Unabhängigkeitshalle in der altehrwürdigen Stadt Philadelphia (zu Deutsch: Bruderliebe) im noch ehrwürdigeren Gründerstaat Pennsylvania hat schon viel gesehen. Der spätere Präsident Thomas Jefferson unterzeichnete hier 1776 die Unabhängigkeitserklärung von der Kolonialmacht Großbritannien. Und 1787 wurde hier die bis heute gültige Verfassung der USA unter anderem von George Washington und Alexander Hamilton unterzeichnet.

Es ist also eine imposante Symbolik, wenn am vergangenen 1. September der amtierende Präsident Joseph Biden Hand in Hand mit seiner Gemahlin Jil vor dem Hauptportal eine Rede hält. Seine Mitbürger sind irritiert, weil Biden von zwei uniformierten Marines-Soldaten flankiert wird. Eine solche ungenierte Instrumentalisierung des Militärs für die eigene Imagepflege ist eher ungewöhnlich. In diesem historischen Rahmen kann man auch eher eine staatstragende Rede der Einigkeit und Versöhnung erwarten.

Doch es kommt anders. Nach ein paar Nettigkeiten beginnt Biden seinen gefährlichsten Widersacher Donald Trump in ungewohnt bissiger und offen bedrohlicher Weise zu attackieren: »Zu viel von dem, was in unserem Land passiert, ist nicht mehr normal. Donald Trump und seine MAGA-Republikaner (das steht für: »Make America again«, dem Wahlslogan von Trump 2016) stehen für einen Extremismus, der die Grundfesten unserer Republik bedroht.« Und so geht es eine ganze Zeit weiter.

Bidens Textschreiber versuchen auf diese Weise, Trump auszusondern. Trump und seine Spießgesellen hätten die Parteimaschine der Republikaner mit faschistischen Methoden, also mit offener Gewalt, gekapert. Das würden auch die »Mainstream-Republikaner« nicht billigen. Da gäbe es diese »Verschwörungstheorien« von einem gefälschten Wahlergebnis im Jahre 2020. Nach der fragwürdigen Hausdurchsuchung in Trumps Haus vor einigen Wochen stellt sich nun aber doch eher die unbehagliche Frage, ob Mister Biden nicht selber gerade im Begriff steht, die Macht mit höchst undemokratischen Methoden für sich abzusichern.



Martialische Ansagen vor einer schaurigen Kulisse: Was will Joe Biden heraufbeschwören? Foto: Twitter@ Down_Under

EINE NATION, ZWEI GESELLSCHAFTEN

Als Versuch, die bereits für die Demokraten verloren geglaubten Zwischenwahlen doch noch herumzureißen, wäre diese Provokation reichlich deplatziert. Die soziale Schere zwischen Arm und Reich klafft schon seit vielen Jahrzehnten immer weiter auseinander. Die Gesellschaft der USA ist gespalten – nicht nur in Republikaner und in Demokraten.

Die Demokraten haben mit ihrem rabiaten Kulturkampf die Spannungen zwischen Nordstaaten und Südstaaten wieder aufflammen lassen. Auch die strikte Corona-Politik, mit denen demokratische Gouverneure ihre Mitbürger gepeinigt haben, hat nicht zur nationalen Versöhnung beigetragen. Und die Republikaner haben mit ihrem traditionellen Waffenfetischismus und ihrer sozialen Ignoranz den Zusammenhalt auch nicht gefördert. Beide Seiten schenken sich in diesem Kampf nichts. Und Joe Biden, der sein Image als trotteliger Waldschrat neuerdings mit Hasspredigten gegen Trump ablegen möchte, ist nichts weniger als ein hochgefährlicher Brandstifter.

Hier ist nicht der Ort für Häme über den mentalen und sozialen Suizid der USA-Gesellschaft. Unser Mitleid gehört den einfachen Leuten, die für diesen Irrsinn die Zeche zahlen müssen.
We the people – rise up!





Berlin, 8. September 2022. Rund 2.000 Demokratinnen und Demokraten versammelten sich am Donnerstag auf dem Platz der Republik und rund um den Bundestag in Berlin. Per Volksabstimmung des anwesenden deutschen Volkes wurde das Infektionsschutzgesetz (vgl. Ermächtigungsgesetz) abgelehnt. Die spätere Abstimmung im inneren des Gebäudes durch die lobbyierten »Repräsentanten« wurde mit Spannung erwartet, nachdem Dänemark, Frankreich und andere Länder das Corona-Terrorregime als Regierungsagenda aufgegeben haben. Bei Redaktionsschluss lag das Abstimmunsergebnis der Repräsentanten im Bundestag nicht vor. (ale/ber/ufe) Fotos: DW/Sophia-Maria Antonulas

Naht das baldige Ende?

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

»Unseren Frieden, unsere Freiheit und Lebensgrundlagen können wir nur sichern, wenn wir uns für unsere Werte und Interessen stark machen. Wir müssen selbstbewusst unsere Flughöhe bestimmen, statt auf Rückenwind zu setzen, um vom Gegenwind überrascht zu werden.«

Das schreibt das Auswärtige Amt vor ein paar Tagen auf dem Nachrichtendienst Twitter, nachdem die Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) auf einer Konferenz in Prag wieder heftig aus dem Nähkästchen plauderte. Die Verzweiflung ist offensichtlich. Es klingt nach Endzeitstimmung auf der Titanic.
Sie hat es wieder getan.

Unsere grüne Außenministerin Baerbock hat einen weiteren Bock geschossen. Dieses Mal auf der Konferenz »Forum 2000« in Prag. Dort positionierte sie sich offen im Podiumsgespräch gegen das eigene Volk und für die Ukraine, koste es was es wolle. Sie sagte: »Then I will deliver, no matter what my German voters think.« (Dann werde ich liefern, egal, was meine deutschen Wähler sagen).

WIRTSCHAFTSKRIEG GEGEN DAS EIGENE VOLK

Nachdem die »Young Global Leader«-Absolventin des Weltwirtschaftsforums (WEF) offen die Zerstörung des eigenen Volkes bekundete, schreiben sich sogenannte »Faktenfinder« die Finger wund, um den Patzer in einem besseren Licht dastehen zulassen. Die Kurzfassung: Böse Putin-Trolle hätten die Aussagen aus dem Kontext gezogen, um eine Kampagne gegen Baerbock loszutreten. Natürlich, liebe Propagandisten der Regierungslinie. Wir wissen schon Bescheid. Es kann nicht absurder werden, doch jedes Mal wenn ich das denke, kommt es noch schlimmer. Aber vielleicht wird die selbsterzeugte Energie-Krise inklusiver transatlantischer Interessen und Treibern nicht so leicht dauerhaft umzusetzen sein, wie der Einstieg in den Great Reset mit der inszenierten Corona-Pandemie, die uns ja auch weiter erhalten bleibt – wider jegliche Evidenz. Denn dieser Wirtschaftskrieg gegen das eigene Volk ist für jeden offensichtlich, der die Auswirkungen der selbstauferlegten Sanktionen betrachtet. Und wer selbst das nicht macht, weiß: Wer einem Industrieland die Energie abdreht, zerstört nachhaltig Strukturen, Arbeitsplätze und damit Wohlstand. Das weiß jeder, und das wissen natürlich auch die Verantwortlichen in der Regierung.

Alles, was wir in den kommenden Monaten erleben werden, ist bewusst und mit Absicht eingeleitet, um die deutsche Wirtschaft zum Einsturz zu bringen. Wir werden einen Sturzflug erleben, wie es sich kaum einer von uns aus den wohlstandsgeprägten Generationen vorstellen kann. Inflation in allen Bereichen, Insolvenzen, Arbeitsplatzverlust, hungernde und frierende Menschen, Obdachlose, steigende Kriminalität.

WAS, WENN ES ANDERS KOMMT?

Auch ein sogenannter Blackout (Stromausfall über Tage) verursacht nach kurzer Zeit bürgerkriegsähnliche Zustände. Alles in allem ein echtes Horrorszenario. Und auch jetzt spielen die Mächtigen wieder mit unseren Ängsten, wie in der Corona-Krise. Aber was, wenn viele Menschen erwachen und sehen, dass die Armut und Verelendung mit Absicht über uns gebracht wird? Was, wenn die Menschen gemeinsam gegen diese Ideologen aufstehen? Egal, von welcher politischen Seite? Nur ein gemeinsames Ziel: Die Beendigung dieses Terrorregimes.



Deutsche Demokraten wappnen sich für den »Heißen Herbst«. Foto: Georgi Belickin

In Prag demonstrierten vergangene Woche mehr als 70.000 Menschen gegen die nationalen Russland-Sanktionen, in Deutschland waren in Leipzig und in Magdeburg Großversammlungen mit mehreren Tausend Teilnehmern angemeldet. In Magdeburg versammelte sich der Montagsspaziergang gemeinsam mit einer AfD-Kundgebung auf dem großen Domplatz, in Leipzig teilte sich die vermeintliche »Rechte« den August Bebel-Platz mit der »Linken«. Die generellen Forderungen waren auf den Plakaten identisch – die Annäherung der Lager noch behutsam. Wenn wir zusammenhalten, werden wir siegen. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Der Sitzungshaftbefehl



NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche erhielt ich den verzweifelten Anruf eines Mandanten, der sinngemäß ausführte, er sei wegen eines Klappstuhlfrühstücks verhaftet worden.

Was der Mandant mir hier in seiner verzweifelten Lage berichtete, bedurfte einer konkreten juristischen Einordnung. Denn allein wegen einer versammlungsrechtlichen Straftat wird man nicht einfach so in Haft genommen. Nach einigen Recherchen erfuhr ich, dass der Mandant offenbar unentschuldigt zu einer Hauptverhandlung nicht erschienen war. Gegenstand war der Vorwurf, faktischer Leiter einer Versammlung – hier ein Klappstuhlfrühstück – gewesen zu sein, § 26 VersG. Aber wieso war der Mandant nun in Haft? Ganz einfach: Die Justiz hatte einmal mehr die volle Härte des Gesetzes gegen einen recht bekannten Maßnahmen-Kritiker zum Ausdruck gebracht – den sogenannten Sitzungshaftbefehl des § 230 StPO. Ein Sitzungshaftbefehl wird im Falle des unentschuldigten Fehlens des Angeklagten bei der Hauptverhandlung erlassen. Aber, liebe Richter, doch bitte im Rahmen der Verhältnismäßigkeit. Dass diese anzuwenden ist, zeigt bereits, dass dem Sitzungshaftbefehl der sogenannte Vorführbefehl vorgeschaltet ist. Hier wird dann lediglich angeordnet, dass der Angeklagte beim nächsten Termin von der Polizei »abgeholt« wird. Beim Sitzungshaftbefehl bleibt der Angeklagte aber bis zum nächsten Termin – der hier noch gar nicht feststand – in Haft.

Und dann gibt es ja noch die Staatsanwaltschaft, die in derartigen Fällen des Ausbleibens und der Bagatellkriminalität (Straferwartung des § 26 VersG bis ein Jahr oder Geldstrafe) in meinen 18 Jahren Anwaltstätigkeit stets gemäß § 408a StPO einen Strafbefehl beantragt hatte, was etwaige Haftbefehle überflüssig machte.

Einen solchen Antrag stellte die Staatsanwaltschaft aber nicht – warum auch, handelte es sich doch um einen Maßnahmen-Kritiker, der die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen sollte. Hiervon überrascht war wohl auch der seinerzeit tätige Kollege im Gerichtssaal, der sich ansonsten jedoch außerhalb »unserer Blase« bewegt und mit dieser Härte gar nicht rechnen konnte.

Am Tag nach der Verhaftung konnten wir gemeinsam den Mandanten dann Dank einer »milde« gestimmten Richterin aus den Fängen der Justiz befreien.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

MEHR KRITIK WAGEN!

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Ich habe es schon vielfach angesprochen und wiederhole mich gerne. Die Demokratiebewegung ist in den eigenen Reihen nicht kritisch genug, das gilt auch für unsere Zeitung.

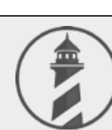
Zu Beginn der Testpandemie ging es darum, Informationen über die Maßnahmen und die Handlungen der Politik zu verbreiten, sonst hat es ja kaum jemand getan. Heute nach zweieinhalb Jahren muss es unser Anspruch sein, auch die Handlungen und Protagonisten in den eigenen Reihen zu hinterfragen. Sofern wir das als Bewegung nicht tun, sind wir nicht besser als die »anderen«. Wenn wir es als Zeitung nicht tun, dann machen auch wir nur PR, wie die mediale Konkurrenz.

Themen, über die man sprechen und kritisch recherchieren könnte, gibt es reichlich. Manche davon sind schon in den Altmedien angekommen, viele noch nicht. Zu den Verhaftungen von Michael Ballweg und Oliver Janich habe ich mich bereits geäußert. In beiden Fällen darf man zum Beispiel die Frage stellen, ob bedingungslose Solidaritätsbekundungen – gerade von Anwälten und Journalisten – wirklich zielführend sind, jedenfalls dann, wenn man mit dem Betroffenen nicht privat befreundet ist.

Wenn wir schon bei Anwälten sind: Dr. Reiner Füllmich tritt im Moment wegen »Ungereimtheiten« nicht mehr im von ihm mitgegründeten Corona-Ausschuss auf. Dies hat RAin Viviane Fischer bekannt gegeben. Dr. Wolfgang Wodarg äußerte sich zeitgleich zur Missbrauchsanfälligkeit von Class-Action-Klagen (Sammelklagen) durch Anwälte und spielte damit ebenfalls auf Dr. Füllmich an, der ja stets vorgab, solche Klagen einreichen zu wollen. Passiert ist diesbezüglich immer noch nichts, es wurde bislang lediglich eine Menge Geld eingesammelt. Ich werde zum Thema Dr. Füllmich eine Anfrage bei ihm machen, audiatur et altera pars – man höre auch die andere Seite.

Vieles in der Demokratiebewegung sollte endlich kritisch hinterfragt werden, natürlich auch mein eigenes Wirken. Was ist zum Beispiel aus der angekündigten »größten Klage der Geschichte«, »das Volk gegen Corona« geworden? Wie viele Klagen haben die »Klagepaten« eingereicht oder unterstützt? Was wurde aus dem ZAAVV? Was machen die Anwälte für Aufklärung im Moment? Brauchen wir wirklich eine »Querfront«? Sollte man ständig von Faschismus und Völkermord sprechen?

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHE: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Armeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BOCHOLT: Samstag ab 12 • Temming NewMedia • Europaplatz 24-28
BONN: Donnerstag 16.15 • WDR Phoenix • Langer Grabenweg 45-47
CHEMNITZ: Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: (A) Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
GARMISCH: Montag 18.45 • GAPA Tagblatt • Alpspitzstr. 5
HAMBURG: Donnerstag ab 12 • DER SPIEGEL • Ericusspitze 1
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • Münchner Merkur • Paul Heyse Str 2-4
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • Nürnberger Nachr. • Marienstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch 19.15 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 17 • SR Saarland • Franz-Mai Str. 8
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WOLFSBURG: Montag ab 17 • Wolfsburger AZ • Porschestr. 74
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – BERLIN - KÖPENICK, 18 Uhr, Rathaus – BERLIN - PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche Pankow – BEXBACH, 18 Uhr, Rathaus – BAD GODESBERG, 18 Uhr, Bonnerie – ESENS, 19 Uhr, Kirchplatz – FRECHEN, 18 Uhr, St. Audomar – GANDERKESEE, 18 Uhr, Rathaus – GEFELL, 18 Uhr, Markt – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, Marktplatz – HITZACKER, 18 Uhr, Am Butt – HUNGEN, 18.30 Uhr, Marktplatz – KAISERSLAUTERN, 18.30 Uhr, Innenstadt – KAMENZ, 18 Uhr, Markt – KAPPELN, 18 Uhr, Rathaus – KIEL, 18 Uhr, Asmus-Bremer-Platz – KLEINBLITTERSDORF, 18 Uhr, Rathaus – KÖNNERN, 20 Uhr, Rathaus – LINDAU, 18 Uhr, Altes Rathaus – MAINTAL, 16 Uhr, Rathaus – MARKTOBERDORF, 19 Uhr, Marktplatz – MOERS, 18 Uhr, Am Denkmal Neumarkt – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, Marktplatz – NÜNCHRITZ, 18 Uhr, Markt – NUSSDORF/Inn, 19 Uhr, Rathaus – PUDERBACH, 18 Uhr, Verbandsgemeindeverwaltung – RÜSSELHEIM, 18 Uhr, Theater – ST. BLASIEN,18 Uhr, Domplatz – STRALSUND, 18 Uhr, Trellerborger Platz – TODTMOOS, 18 Uhr, katholische Wallfahrskirche – TARP, 17.30 Uhr, Amtsgebäude – TRIPTIS, 19 Uhr, Markt – WEIL AM RHEIN, 18 Uhr, Rathaus – WEIL DER STADT, 18 Uhr, Viehmarkt

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Fr, 9.9.2022 10-16 Uhr	Berlin, Platz der Republik 1	GROẞAUFZUG
Sa, 10.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.9.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 10.9.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 10.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.9.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 10.9.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 10.9.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 10.9.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 10.9.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.9.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 11.9.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz 1	Kundgebung und Umzug
So, 11.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 11.9.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 12.9.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 12.9.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 12.9.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.9.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 12.9.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 12.9.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 13.9.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 13.9.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.9.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 13.9.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 13.9.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 14.9.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 14.9.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 14.9.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 14.9.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 14.9.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 14.9.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 14.9.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 14.9.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 15.9.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 15.9.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 15.9.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 15.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.9.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.9.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 15.9.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 16.9.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 17.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.9.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 17.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.9.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 17.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 17.9.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.9.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.9.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 17.9.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 24.9.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 24.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug NOCH SORTIEREN!
Sa, 24.9.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



BERLINER POLIZEI GLEICHGESCHALTET

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Ist die Pressestelle der Polizei Berlin ein Opfer der Gleichschaltung? Diese Frage stellt sich mir als aufrechter Polizist, nachdem mir die irritierende und zugleich beschämende Antwort der Pressestelle der Berliner Polizei auf eine Anfrage der Journalistin Sophia-Maria Antonulas zu Ohren gekommen war.

Die Polizei Berlin hält die Beiträge der Pressevertreterin für zu kritisch und will sie daher als Journalistin nicht mehr anerkennen (siehe auch DW 103, S. 13 und *reitschuster.de/post/berliner-polizei-gibt-nur-noch-richtigen-journalisten-presseauskuenfte/*). Wo steht unsere Polizei, wenn ihre Bereitschaft zur Kooperation mit Journalisten offenkundig davon abhängt, aus welchem »Lager« diese kommen, respektive worauf der Fokus ihrer Berichterstattung liegt.

Gerade vor dem Hintergrund des Berichts des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für Folter, Nils Melzer, der bei der deutschen Polizei auf mehreren Ebenen Systemversagen feststellte, wäre man doch gut beraten, ein neutraleres Auskunftsverhalten an den Tag zu legen. Hat nicht insbesondere die Polizei unserer Bundeshauptstadt durch Melzers Untersuchungen einen Imageschaden davongetragen?

Eine ernstgemeinte Anregung: »Schauen Sie über die deutsche Petrischale hinaus …« Mit diesen Worten appellierte der Ex-Präsident des LKA Thüringen und Experte bei Europol, Uwe Kranz, in seinem offenen Brief an die Abgeordneten des Bundestags bezüglich der bald stattfindenden Abstimmung über den verfassungswidrigen Gesetzesentwurf zum Schutz vulnerabler Personen vor Covid-19 (*https://ansage.org/appell-an-die-bundestagsabgeordneten-haltet-ein/*). Gleiches gilt für die Vertreter der Polizei Berlin, ansonsten droht es ihnen vor lauter Desinformation den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Im Übrigen: Das Verhalten des Polizeihauptkommissars der Pressestelle halten wir für disziplinarwürdig. Unter »normalen Umständen« läge hier zweifelsfrei ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot vor. Der Beamte ist auf solch einem verantwortungsvollen Posten fehl am Platz. Polizisten für Aufklärung e.V. wird Frau Antonulas im anstehenden Beschwerdeverfahren jedenfalls begleiten.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

»DER RICHTIGE ZEITPUNKT FÜR DIE KLAGE IST GEKOMMEN!«

Rechtsanwalt Dr. Reiner Füllmich im DW-INTERVIEW

Der Corona-Ausschuss (corona-ausschuss.de) wurde im Juni 2020 auf eine Idee des berühmten Journalisten Kayvan Soufi-Siavash gegründet. In den Ausschuss wurden in der Demokratiebewegung größte Hoffnungen gesetzt. Zuletzt hatte die *Live*-Video-Verlautbarung einer der Anwälte von der Auflösung des Corona-Ausschusses für Entsetzen gesorgt. Am Freitag, 2. September verkündete die Rechtsanwältin Viviane Fischer, sich von Reiner Füllmich trennen zu wollen. Wir fragen Dr. Reiner Füllmich.

DW: Herr Füllmich, sie gelten als einer der international angesehendsten deutschen Anwälte. Die Gründung des Corona-Ausschusses durch Sie und weitere Anwälte im Jahr 2020 brachte viel Aufmerksamkeit und weltweite Resonanz. Zuletzt wurde in einem *Online*-Video des Ausschusses Ihr Abgang verkündet. Stimmt es, dass Sie den Corona-Ausschuss verlassen haben – und falls ja, warum ist dies der Fall?
Reiner Füllmich: Nein, es stimmt nicht, dass ich den Corona-Ausschuss verlassen habe. Das ist eine gezielt verbreitete Falschmeldung. Der Corona-Ausschus wurde gegründet von Viviane Fischer und mir, und er wurde und wird geprägt nicht nur von Viviane Fischer, sondern auch von mir. Die vorliegenden einseitigen und tendentiösen Erklärungen aus der letzten Sitzung des Corona-Ausschusses und auf der *Website* des Ausschusses sind falsch und entbehren – soweit es sich um mehr als plumpe Stimmungsmache handelt, also um Tatsachenbehauptungen – jeder Grundlage. Wir versuchen jetzt, nach dem äußerst unglücklichen Auftritt vom vergangenen Freitag, das in den Brunnen gefallene Kind wieder gemeinsam herauszuholen.

DW: Wie fällt Ihre Bilanz aus: War die Aufklärungsarbeit des Corona-Ausschusses erfolgreich, und falls ja, warum?
R.F.: Ja, ich glaube, die Aufklärungsarbeit des Ausschusses war sehr erfolgreich. Wir sind inzwischen international hoch angesehen als diejenigen, die in mehr als 400 Interviews von Fachleuten aus allen Bereichen Erkenntnis zutage gebracht haben, darunter Dr. Mike Yeadon, ehemaliger Vize-Chef von Pfizer, Professor Luc Montagnier, französischer Nobelpreisträger, Professor Michel Chossudowsky, kanadischer Ökonom, Catherine Austin Fitts, ehemalige stellvertretende US-Ministerin, Professor Peter Breggin, sogenannter Papst der US-Psychiatrie, und viele mehr.



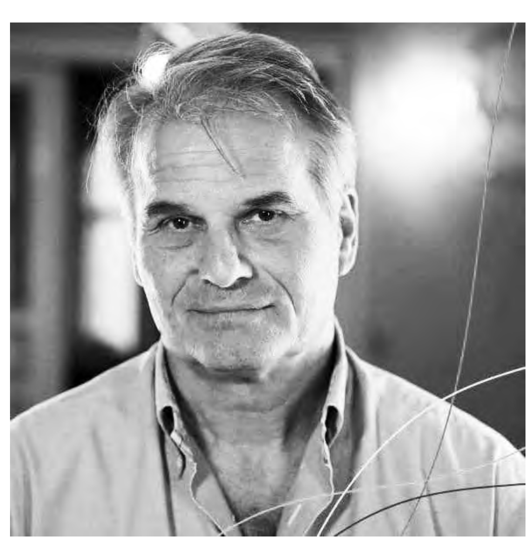
Zuletzt saß Rechtsanwältin Viviane Fischer alleine im improvisierten Online-Studio. Die Arbeit des Ausschusses insbesondere im Jahr 2020 hat weltweite Anerkennung und ein enormes Spendenaufkommen gebracht. Foto: DW/ Screenshot Corona-Ausschuss-Sitzung 120.

Sie alle trugen dazu bei, die folgenden Fragen zu beantworten: Wie gefährlich ist das Virus wirklich? – Nicht gefährlicher als eine Grippe! Was kann der PCR-Test? – Jedenfalls keine Infektionen feststellen! Und wie gefährlich sind die Maßnahmen, einschließlich der nicht erforderlichen, nicht wirksamen und hochgefährlichen Injektionen? – Nach den Berechnungen von Steve Kirsch starben seit Beginn der Injektionen mit experimentellen Substanzen nach Verabreichung dieser Injektionen allein in den USA 1,6 Millionen Menschen!

Diese tatsächlichen Erkenntnisse werden abgerundet durch die Feststellung, dass Hintergrund dieses auf Betreiben des WEF, und der von diesem kontrollieren WHO und UN oft eingeübten international gleichgeschalteten Vorgehens Eugenik ist, und Ziel dieses Vorgehens eine massive Bevölkerungsreduktion und völlige Kontrolle der Überlebenden durch eine Weltregierung unter der UN und eine digitale Währung von einer ebenfalls unter Kontrolle des WEF stehende Weltbank ist.

DW: Der Corona-Ausschuss kündigte zu Beginn eine Sammelklage gegen die Corona-Maßnahmen und deren Auswirkungen an. Wie steht es um dieses anwaltliche Vorhaben?
R.F.: Der Corona-Ausschuss hatte stets – in Anführungszeichen: nur – die Aufgabe, Tatsachenerkenntnisse zu fördern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, niemals die Aufgabe, Klagen einzureichen. Dementsprechend hat er auch nie Klagen eingereicht. Aber: Vor allem konnten die oben zusammengefassten tatsächlichen Erkenntnisse weltweit von einem Netzwerk von Anwälten in diversen Gerichtsverfahren eingesetzt werden. Unter anderem wurden diese Erkenntnisse auch – außerhalb des Corona-Ausschusses wohlgemerkt – von Anwälten, nicht vom Corona-Ausschuss, denn dessen Aufgabe ist allein die Faktensammlung und Aufklärung, nicht die Führung von Prozessen – in mehreren, aufwendigen Bemühungen zum Ingangsetzen von auf Schadensersatz gerichteten Massenverfahren eingesetzt. Die blieben bislang zwar leider trotz des enormen Einsatzes nicht nur einer Reihe von hochqualifizierten Anwälten, sondern auch einer Reihe der von uns angehörten Experten ohne Erfolg.

Eine vom Kollegen Michael Swinwood in Kanada eingereichte Schadensersatzklage mit Antrag auf Durchführung als Class Action (Sammelklage, Red.) wurde in erster Instanz ohne mündliche



Rechtsanwalt Dr. Reiner Füllmich. Foto: Partei Die Basis, Sachsen

Verhandlung abgewiesen. Für die zweite Instanz hatte Michael Swinwood eine hervorragende Berufungsbegründung geschrieben, und es wurde dann auch immerhin eine mündliche Verhandlung durchgeführt, aber dennoch mit Hinweis darauf, daß ja eine hochgefährliche Seuche grassiere – was aber gerade der aufzuklärende Streitgegenstand war. Und dann ohne Beweisaufnahme abgewiesen.

Ein in Südafrika beim höchsten Gericht, dem Constitutional Court (Verfassungsgericht, Red.) eingereichte Klage – die für den gesamten afrikanischen Kontinent und dem folgend weltweit – von enormer Bedeutung ist, wurde zwar nicht abgewiesen, aber diese Klage auf den Instanzenweg verwiesen, sodass alles ganz unten von vorn losgehen muß. Seit mehreren Monaten glauben aber meine US-Kollegen und ich, dass jetzt, da die immensen Schäden der sogenannten Impfungen für Jedermann sichtbar geworden sind, der richtige Zeitpunkt gekommen ist, dort eine solche Klage einzureichen.

Zu dem Zweck werde ich wieder für einige Monate in diese Arbeit eintauchen, um mit den Kollegen, die hier zusammenarbeiten, eine solche Klage sehr gut vorbereitet einzureichen. Praktisch geübt und gezeigt, dass und wie so etwas geht, haben wir ja: das vom Corona-Ausschuss durchgeführte Model Grand-Jury-Proceeding, mit welchem das komplette Bild, dass die vielen Interviews als Puzzleteilchen zeichnen, sichtbar wurde.

DW: Sollte die Nachricht von Ihrem Verlassen des Corona-Ausschuss der Wahrheit entsprechen: Wie geht es für Sie weiter?
R.F.: Die Arbeit des Corona-Ausschusses wird in jedem Falle fortgesetzt, entweder von Frau Fischer und mir zusammen, oder mit getrennten Ansätzen zur Strukturierung und Organisation sowie der Ausrichtung und den Zielen der Ausschussarbeit. Darüber verhandeln wir gerade.

DW: Herr Füllmich, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

MELDUNG

RAPPER KIANUSH HAT DIE NASE VOLL

Münster/DW. Der zweijährige Sohn des Rapper Kianush zog sich eine schwere Augenentzündung zu. Als der »Life-is-Pain«-Künstler mit seinem Kind das Uniklinikum Münster aufsuchte, verweigerte man ihm dort die Behandlung – Kianush lehnte einen PCR-Nasentest bei seinem Sohn ab. Der Zweijährige sei durch die Entzündung schon genug gestresst, ein Nasentest bei dem Kleinkind wäre unzumutbar. Der Rapper echauffierte sich auf dem Krankenhausflur via Instagram-*Story* darüber, dass man im Gesundheitswesen so behandelt werde, obwohl man dieses mit Steuergeldern finanzieren würde. Dabei filmte er auch den zuständigen Arzt, um den Skandal publik zu machen.

Im Anschluss brachte der Münsteraner seinen Sohn in ein Krankenhaus »extra für Verschwörungstheoretiker«; Dort musste sich sein Sohn nicht dieser Tortur unterziehen. Im weiteren Verlauf der Insta-*Story* erklärte der Sprechgesangskünstler, dass es ihm darum gehe, sich Ungerechtigkeiten nicht gefallen zu lassen und er selbst kein Lamm, sondern ein Mensch mit Verstand sei. Er bedauerte, dass »gewisse Leute da draußen« sein online festgehaltenes Erlebnis für ihren »Content« dekontextualiseren würden. (nir)

BUNDESWEIT UND JEDE WOCHE

Berlin/DW. Unter Bezugnahme auf das Bundesverfassungsgericht ruft die Initiative Leuchtturm *ARD* jede Woche zu bundesweiten Mahnwachen gegen einseitige Diskursverengungen und für Presse- und Informationsfreiheit auf. Wie Jimmy Gerum, der Gründer der Aktion, letzten Mittwoch erklärte, ist gerade in Zeiten, die von »Fluten der widersprüchlichen Informationen« gekennzeichnet sind, ein »starker, kritischer und unabhängiger Journalismus« vonnöten. »Der öffentliche Rundfunk, *ARD* und *ZDF*, wird von den Bürgern bezahlt! Er hat Grundrechte zu schützen als mutiger Anwalt und Vierte Säule der Gewaltenteilung!«

Der Leuchtturm *ARD* dokumentiert seit Monaten die eklatanten Versäumnisse des öffentlichen Rundfunks gegenüber seiner gesellschaftlichen Verantwortung und dieser hohen Pflicht. Die Initiative ruft auf zum kollektiven und legalen Zahlungsstopp der Rundfunkbeiträge durch ein Widerspruchsverfahren gegenüber dieser Nichtleistung, gleichzeitig sucht man einen »fairen und versöhnlichen Dialog mit *ARD* und *ZDF*«, so Gerum. Angestrebt wird die Bildung eines »Runden Tisches« als Basis für umfangreiche historische Reformen. (slo)

»Philosophieren heißt, sterben lernen«

oder: Von Platon bis »la petite mort« | Von Hannes Henkelmann

In Sonderborg treffe ich Herrn Berry. Wir sprechen über das Schattenland, eine verwundete Seele und das Fundament eines Kults.



Nick: ein Mann, der dem Tod gerne ins Auge blickt. Foto: Hannes Henkelmann

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Nick Berry, ich bin 59 Jahre alt und in London geboren. Ich habe einen 18-jährigen Sohn namens Max. Er macht eine Ausbildung zum Koch. Ich hatte zu viele Jobs, um sie alle aufzuzählen. Eine Zeit lang war ich Fahrradmechaniker, Teilzeit Opernsänger und die letzten 22 Jahre war ich als freiberuflicher Werbetexter tätig. Vor Kurzem bin ich endlich aus der *Bullshit*-Branche ausgeschieden und nach Dänemark geflüchtet.

Warum haben Sie Deutschland verlassen?
Ich habe Deutschland nicht verlassen. Deutschland hat mich verlassen. Ich habe gesehen, wie es sich mit der Corona-Politik in einen dunklen Ort verwandelt hat, und so musste ich irgendwohin hingehen, wo es heller ist. Ich überquerte die Grenze im Dezember 2021, das Lenkrad meines alten Benz fest umklammert. Ich flüchtete vor den Masken zuerst nach Stockholm, reiste dann aber vor den drohenden Grenzschließungen zurück nach Dänemark und fand zuerst Zuflucht auf einem Bauernhof in der Nähe von Jels, was in der Nähe von Nirgendwo liegt. Den Jahreswechsel verbrachte ich allein und überlegte, wie es weitergehen sollte. Weiter ging es nach Sonderborg. Es ist schön hier. Deutschland hatte meine Seele verwundet, und ich musste heilen.

Können Sie das näher erläutern. Wie haben Sie sich geheilt?
Mit Eisschwimmen. Ich habe einen Wohnort direkt am Strand gefunden und bin seit Mitte Januar jeden Tag im Wasser gewesen. Als ich mich an die Kälte gewöhnte, trieb ich mich immer weiter voran. Ich wollte in das Schattenland zwischen Leben und Tod gelangen. Die kälteste Wassertemperatur betrug 2,7 Grad, die längste Runde schwamm ich bei neun Grad, wobei ich 40 Minuten im Wasser war. Die Überlebenszeit bei dieser Temperatur beträgt etwa eine Stunde. Die einzige Möglichkeit, damit umzugehen, ist Selbsthypnose. Ich spüre, dass es kalt ist, kann es aber tolerieren. Es ist der Ort, an den Künstler gehen, um zu schaffen: der Ort, an den du gehst, wenn du einen Orgasmus erlebst. Es ist der Spalt im Zaun, der das trennt, was man »Leben« und »Tod« nennt. Vielleicht nennen die Franzosen den Orgasmus deshalb ja »la petite mort«, den kleinen Tod.

Wie hängt das alles mit der Corona-Panik zusammen?
Der Philosoph Michel de Montaigne sagte, dass man nicht leben kann, bis man lernt, den Tod nicht zu fürchten: »Philosophieren heißt, sterben lernen.« Ich empfinde es als heilsam, dem Tod nahe zu sein. Ich gewöhne mich daran und verstehe, dass ich eines Tages vielleicht schon heute die Schwelle überqueren werde – ich und die Bäume und jedes Lebewesen – und es wird keine Rolle spielen. Man lebt in der Liebe weiter, die man geteilt hat, oder man stirbt in dem Hass, den man verbreitet hat. Die Corona-Panik wurde (ist) von einer tobenden Angst vor dem Tod angetrieben. Warum? Weil man Angst vor dem Leben hat? Weil man merkt, dass man nie gelebt hat? Nie geliebt? Und plötzlich ist der versprochene, todsichere Tod nur einen achtlosen Händedruck entfernt, eine Umarmung. So katapultierte sich die Welt in den Ultra-Schutz, und sie tat es in einem Ausmaß, das selbst den zynischsten Politiker verblüffte.

Kann ich den Menschen die Angst vor Corona nehmen?
Nein. Im Moment könntest du Platon sein und würdest die meisten nicht überzeugen. Wie Jonathan Swift schon um 1700 schrieb: »Man kann einen Menschen nicht aus einer Position herausreden, in die er sich nicht selbst hineingedacht hat.« Das ist das Fundament eines Kults, in diesem Fall der Kult von Corona. Es ist blinder Glaube. Und du kannst nur weiter glauben. Du hängst an der Schnur eines aufsteigenden Ballons, und er ist nun zu hoch, um ihn loszulassen.

Wie sind Ihre weiteren Pläne?
Leben und lieben. Freundschaft nähren. Gedanken teilen. Wahrheit suchen. Und ja, es gibt Wahrheit, wenn auch nur die Wahrheit des körperlichen Verfalls. Geld wird sich irgendwo finden. Offene Stellen für Müllmänner gibt es immer, und das ist ein edler Beruf. Oder ich werde Busfahrer, wenn sie einen 59-jährigen Azubi nehmen. Am liebsten würde ich aber den Rest meines Lebens damit verbringen, über eine Zeile von Shakespeare nachzudenken. Und ich hätte meine Zeit nicht verschwendet. Zum Beispiel über: »To thine own self be true« – »Sei dir selbst treu«. Aber es gibt auch noch andere.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ZU »IST DER ÖRR REFORMIERBAR?« (DW102)

Burak Erbasi hat argumentativ einwandfrei dargelegt, weshalb unabhängige, öffentlich-rechtliche Medien neu aufgesetzt und auf freiwilliger Basis finanziert werden müssen. Momentan haben wir einen korrupten öffentlich-rechtlichen zwangsfinanzierten Herrscherfunk, und wer dort arbeitet und mitmacht, ist gut beraten, sich endlich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen.
– Doro P.

NUR MIT LIEBE

Hallo, liebes Team vom Demokratischen Widerstand. Ich habe erst vor kurzem über eine neue Bekanntschaft – ich nenne sie hier mal Babsi – aus der Techno-Szene zu euch gefunden. Beim Rauchen kamen wir recht schnell auf das Thema Impfung, denn Babsi ist ungeimpft und blieb standhaft bis zum Schluss. Viele meiner Rave-Kollegen sind aber geimpft. In persönlichen Gesprächen mit ihnen kam heraus, dass gefühlt 90 Prozent sich nur haben impfen lassen, damit sie wieder feiern dürfen. Sie hatten es irgendwann einfach nicht mehr ausgehalten, am Wochenende (teilweise einsam) zu Hause zu bleiben. Auch ich, und dafür schäme ich mich heute, habe mich nur deshalb impfen lassen ... Heute habe ich aber ein anderes Bewusstsein für das Ganze. Mit eurer Zeitung fing meine Reise in den Kaninchenbau an. In vielen Punkten habt ihr mir mit eurer knallharten und ehrlichen Art die Augen geöffnet. Ich verstehe nun gewisse Zusammenhänge in der Welt der Politik viel besser. Doch das hat mich nicht ganz zufrieden gestellt. Die Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach dem Guten und dem Bösen in der Welt haben mich auf den spirituellen Weg gebracht. Wir dürfen dem Hass in der Welt keine Chance geben: Das Böse ist nur die Abwesenheit von Liebe. Viele Mitmenschen sind einfach nur traumatisiert, weil sie nie vorbehaltlose Liebe erhalten haben. Unsere Eltern und auch unsere Großeltern spielen hierbei eine Rolle (siehe zum Beispiel: mehrgenerationale Psychotraumatologie). Die meisten wurden nie geliebt für das, was sie wirklich sind. Immerzu mussten sie an Liebesmangel leiden, sie wurden vom System oder von ihren Eltern unter Druck gesetzt, etwas »aus ihrem Leben zu machen«. Zuneigung, Versorgung, ja diese »Liebe« gibt es auch heute nur, wenn man was dafür tut, wenn man sich verstellt, alles muss man sich erkämpfen. Jeder einzelne von uns kann aber etwas gegen diesen Teufelskreis der Liebesarmut tun. Jeden Tag. Fangt an, diese vorbehaltlose Liebe anderen zu geben, versucht es mit Mitgefühl. Fühlt euch bitte in die anderen Menschen hinein, egal zu welchem politischen Lager sie gehören! Ihr werdet erkennen, dass unser aller Problem dasselbe ist: Wir wollen leben, lieben und geliebt werden.
– Emilia L.

AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Bakschisch und Karamellbonbons

Um die »beispiellose Zunahme innerer Unruhen« doch noch zu begrenzen, sollen 65 Milliarden Euro in die erbosten Volksmassen geworfen werden. | Von Hermann Ploppa

Es ist eine altbekannte Weisheit, dass man als Berufspolitiker vor allen Dingen über viel Sitzfleisch verfügen muss. So wollten die Mitglieder der Ampel-Regierung eigentlich am Samstag, dem 3. September zügig ihr angekündigtes Entlastungspaket vereinbaren.

Ministerialbeamte und Chefberater von Scholz, Habeck und Lindner hatten alles perfekt vorbereitet. Und dann saßen die Politiker doch tatsächlich bis am frühen Sonntag um sechs Uhr, bis sie ihr neuestes Meisterwerk der Öffentlichkeit präsentierten. Der Meister lobt sein Werk. Lobt das Werk auch den Meister?

Darüber wird seitdem gestritten. Die Regierten ächzen laut und vernehmlich. Strom- und Mietnebenkostenrechnungen werden unter wildesten Verfluchungen zerknüllt und auf den Boden geschleudert. Die Preise für Lebensmittel und Energie krachen durch die Decke. Dass der böse Putin schuld sein soll, glaubt sowieso keiner mehr. Die Straßen füllen sich schon wieder mit Protestierenden. Erinnerungen an den letzten Demo-Winter werden wach. Es gibt also gute Gründe, die aufgebrachte Menge zu beruhigen.

ZIELRICHTUNG: »BÜRGERGELD«

Das jetzt verabredete Entlastungspaket soll die geschröpften Bürger um 65 Milliarden Euro entlasten. Zum Teil gibt es Geld auf die Hand. Zum anderen werden Steuern gesenkt. So gibt es einmalig 300 Euro aus Bundesmitteln für Rentner. Studenten können sich auf *Cash* in Höhe von 200 Euro freuen. Allein diese Bonbontüte macht in der Summe sechs Milliarden Euro. Und dann soll es doch sage und schreibe 18 Euro mehr Kindergeld geben! Bis jetzt sind 700.000 Bundesbürger berechtigt, Wohngeld zu erhalten. Diese Zahl wird auf zwei Millionen Empfangsberechtigte erhöht. Und jeder von diesen Glücklichen erhält wiederum einmalig 415 Euro. Hartz IV-Empfänger bekommen statt wie bisher 449 Euro im Monat nun tatsächlich 500 Euro. Irgendwann soll es dann ja sowieso statt der kollektiven Ver-Hartzung eine neue Lohnersatzleistung mit dem unverfänglichen Namen »Bürgergeld« geben. Wann das kommen wird, steht noch in den Sternen.

Wer noch einen Arbeitsplatz sein Eigen nennt, kann sich auf eine Senkung seiner Sozialbeiträge freuen. Und noch eine gute Nachricht für abhängig Beschäftigte: Bisher hat sich so manch ein Arbeitnehmer schwarz geärgert, wenn er nach mühsam erkämpfter Lohnerhöhung feststellen musste, dass er jetzt unter dem Strich weniger verdient als vor der Lohnanhebung. Denn er wird jetzt mit seinem nominell höheren Lohn auch noch höher besteuert. Das nennt man »kalte Progression«. Das soll jetzt nach dem Willen der Bundesregierung eingedämmt werden. Dieser noble Verzicht auf die kalte Progression spült eine Summe von 12,4 Milliarden Euro in den virtuellen Lohntüten der Arbeitnehmer.



Demokraten geben sich mit Entlastungspaketen nicht zufrieden. Sie wollen die demokratische Revolution. Foto: Georgi Belickin

Die verunsicherten Stromkunden sind auch nicht vergessen worden. Da wird in den Medien das Wort »Strompreisbremse« kolportiert. Tatsächlich soll für den Basisverbrauch an Strom ein vergünstigter Tarif gelten. Der Anstieg der Netzentgelte soll gedeckelt werden. Also das Geld für den Transport des Stroms vom Erzeuger durch Kabel an die Steckdose der Endverbraucher. Der macht allerdings nur etwa ein Viertel des Endpreises für Strom aus. Auch den Öffentlichen Nahverkehr sollen sich die Leute draußen im Lande weiterhin leisten können. Denn das 9-Euro-Ticket für die drei Sommermonate wurde vom Publikum freudig angenommen und eröffnete mittellosen Mitbürgern eine bis dato ungekannte Beweglichkeit. Doch das neue, dann dauerhafte Ticket für den ÖPNV soll zwischen 49 und 69 Euro kosten.

WO SOLL DAS GELD HERKOMMEN?

Doch auch für die Arbeitgeber soll etwas herausspringen. Wir lassen doch niemanden zurück. Zum Einen sollen die schon laufenden Unternehmenshilfen auch weiterhin verlängert werden. Auch Kurzarbeitergeld soll so großzügig gehandhabt werden wie zu den heißen Corona-Zeiten. Unternehmen, die besonders viel Energie für ihre Produktionsabläufe brauchen, sollen von zusätzlichen Hilfsprogrammen profitieren können. Hier fällt auch wieder das Zauberwort von den zusätzlichen Investitionshilfen. Gastwirte, die momentan händeringend Arbeitskräfte suchen, sollen eine ermäßigte Mehrwertsteuer zahlen. Statt 19 Prozent sind das dann 7 Prozent.

Wunderbar. Bundesfinanzminister Christian Lindner versichert hoch und heilig, dass für das 65-Milliarden-Wohltatenpaket kein Zusatzhaushalt nötig sei. Heißt: Er will mit dieser Erhöhung sich nicht erneut der umständlichen Prozedur einer Zustimmung im Bundestag aussetzen. Ob das wohl gutgeht? Die Opposition von CDU und CSU meldet schon mal Zweifel an. Nun soll der Bundesetat auch bloß 32 Milliarden Euro vom Entlastungspaket beisteuern. Wo die restlichen 33 Milliarden herkommen sollen, ist noch gar nicht geklärt. Einige der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen fallen gar nicht in die Zuständigkeit des Bundes. Vielmehr müssen Länder und Kommunen dafür aufkommen.

Entsprechend begeistert ist denn auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst von der CDU: »Wenn die Länder mit bezahlen sollen, müssen sie auch mitentscheiden können.« Scholz und Lindner denken sich das so, dass Länder und Kommunen im Endeffekt lediglich zwölf Milliarden Euro aufbringen müssen. Der Rest soll durch die Besteuerung von »Zusatzgewinnen« herbeigezaubert werden. Mit Rücksicht auf die Porsche-Fahrer in der Bundesregierung nimmt man das unschöne Wort »Übergewinnsteuer« lieber nicht in den Mund.

»Übergewinne« fallen an, wenn zum Beispiel an der Strombörse sich der allgemeine Verkaufspreis nach dem Preis für den am teuersten produzierten Strom richtet. Im Moment ist Strom, der aus Gas gewonnen wird, mit Abstand am teuersten. Für Strom, der aus billigerer Windkraft, Kohle oder Solar gewonnen wird, ergeben sich auf diese Weise vollkommen ungerechtfertigte Übergewinne. Das will man nun doch irgendwie deckeln. Wie das abgewickelt wird, ist aber noch vollkommen unklar.

KEINE ECHTE ENTLASTUNG

Wie auch immer. Die Effekte für die unteren sozialen Schichten bleiben überschaubar. Die Anhebungen greifen für sie erst zum Jahreswechsel. Und wie Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes feststellt, garantieren die Entlastungen »nicht einmal einen Inflationsausgleich und sind deshalb überhaupt nicht akzeptabel.« Zudem beschleunigen die massiven Staatsausgaben seit Beginn der Corona-Kampagne, die in den Bereich von Billionenbeträgen von Euros reichen, kombiniert mit den permanent weiter heruntergefahrenen Steuereinnahmen die – vermutlich nicht gar unwillkommene – Ankunft der Staatsinsolvenz.

Die Unternehmensberatungsfirma Verisk Maplecroft sagt für den kommenden Winter eine »beispiellose Zunahme innerer Unruhen« für Deutschland, die Niederlande, Schweiz, Bosnien-Herzegowina und die Ukraine voraus. Nur eine massive Reduzierung der Kosten für Lebensmittel und Industrie könne verhindern, dass die kommenden sechs Monate »noch disruptiver werden«.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung doktert indes lieber ein bisschen an den Symptomen herum. Die wirkliche Ursache der Preisexplosionen, nämlich die skrupellose Ausnutzung einer Notsituation durch Zocker und Spekulanten an den Roulett-Tischen der internationalen Börsen, bleibt sauber ausgespart. Solange das so bleibt, sind soziale »Disruptionen« schwer zu vermeiden.

MELDUNG

RÜCKGANG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

New York City/DW. Laut dem vom UN-Entwicklungsprogramm veröffentlichten »Index der menschlichen Entwicklung« haben sich die Lebensverhältnisse im Jahr 2021 in 90 Prozent aller Länder verschlechtert. Deutschland ist in dem *Ranking* weiter abgerutscht und befindet sich nun auf Platz neun. Konkret setzt sich der Index-Wert zusammen aus Faktoren wie Lebenserwartung, Bildungschancen und Einkommen. Eine Trendwende der seit 2020 negativ verlaufenden Entwicklung sei nicht abzusehen. (ber)

ZERO-COVID WAHNSINN

Chengdu/DW. Millionen Chinesen werden weiter eingesperrt. Statt den einwöchigen *Lockdown* in der Metropole Chengdu auslaufen zu lassen, wurde er am 7. September um eine Woche verlängert. Die meisten der 21 Millionen Einwohner können somit ihre Wohnung weiterhin nicht verlassen.

Die Stadtbehörde argumentiert mit einer evidenzfreien »Null-Covid-Politik«. Angesichts dieser fadenscheinigen Begründung – zweieinhalb Jahre nach dem Ausbruch der Corona-Grippe – regt sich nun auch Widerstand in der ehemals unkritischen und geimpften Bevölkerungsgruppe Chinas. Viele Chinesen befürchten eine irreversible Vernichtung ihrer Existenzgrundlage. (ber)

INDONESIEN STEHT AUF

Jakarta/DW. Seit Tagen finden in Indonesien Großdemonstrationen gegen die Verarmungspolitik von Nato, Corona-Todesspritzen und der indonesischen Zentralregierung statt. Zuletzt kursierten auf Telegram zahlreiche Videos von den gewaltsamen Aufständen in der Hauptstadt Jakarta. Vor allem junge Menschen versammeln sich auf den Straßen, errichten Barrikaden und liefern sich Kämpfe mit Regime-Truppen. (ber)

Entlastungspaket

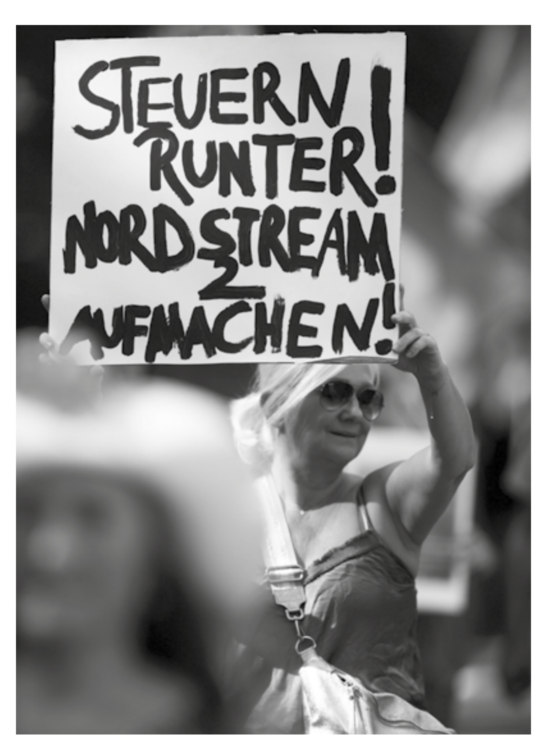
"Ey Robert,das verkaufen wir als Schokopudding. Die Speichellecker von der Presse werden uns feiern."



Karikatur: t.me/osaft007

Versteckte Schulden

Die Finanzaufsicht des Bundestages stellt fest, dass die Neuverschuldung tatsächlich viermal so hoch ist wie offiziell angegeben. | Von Hermann Ploppa



Wird es in Deutschland bald dauerhafte »Occupy Frankfurt«-Proteste geben? Foto: Georgi Belickin

Der Bundesrechnungshof ist dafür eingerichtet worden, das Finanzgebaren der Bundesregierung für die Parlamentarier des Bundestags zu beobachten und zu bewerten. Und so liegt den Bundestagsabgeordneten ein derber Verriss des Haushaltsentwurfs für 2023 des Bundesfinanzministers durch den Rechnungshof vor.

Da ist die Rede davon, dass das Haus Christian Lindner über versteckte Kassen viermal soviel Schulden machen will wie es der breiten Öffentlichkeit weismacht. Entsprechend gibt sich die Opposition entsetzt: »Die Situation der Staatsfinanzen und des Bundeshaushalts ist hochdramatisch.« So äußert sich der Haushaltsexperte der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Christian Haase. Wir, das gemeine Volk, erfahren nur kleine Portiönchen vom Bericht des Bundesrechnungshofs. Denn wie es so Sitte ist, stimmt uns die wie immer außergewöhnlich gut informierte Presse mit einigen Interna des Berichts schon mal auf Unbehagliches ein.

Tatsächlich ist es absolut legal wenn das Bundesfinanzministerium parallel zum Bundeshaushalt noch einige halbdunkle Kassen betreibt. Diese Abweichungen vom Gebot der sogenannten Haushaltseinheit werden dann schönfärberisch als »Sondervermögen« bezeichnet, obwohl es sich durchgängig um Sonderposten handelt, die komplett auf Schulden basieren. So gab es nach dem Krieg das Sondervermögen für Flüchtlingshilfe. Diese Sonderfonds sollen zudem auch zeitlich begrenzt sein.

POLITIKER TRICKSEN MIT »SONDERVERMÖGEN«

Trotzdem erfreuen sich einige von ihnen einer bemerkenswerten Langlebigkeit. Im Jahre 2011 wurde der Klimafonds aufgelegt. Hinzu kam noch das Sondervermögen für digitale Infrastruktur und sodann, mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs, das berühmt-berüchtigte Sondervermögen für die Bundeswehr. Die 100 Milliarden Euro haben nicht gerade einhellige Begeisterung ausgelöst. Dass immer breitere Segmente der Bevölkerung der Verarmung zugeführt werden, andererseits jedoch die Solidargemeinschaft der Steuerzahler mit einem gigantischen Buckel von 100 Milliarden Euro Schulden beladen wird, empört die Öffentlichkeit.

Dieser Schuldenbuckel wurde am 3. Juni dieses Jahres vom Parlament gebilligt und ist seit dem 1. Juli in Kraft. Jenes Vermögen wird uns noch Generationen übergreifend belasten. Denn mit der Tilgung wird erst im Jahre 2031 begonnen.

Doch davon ist im aktuellen Bundesrechnungshofbericht noch gar nicht so sehr die Rede. Da wird vielmehr gerügt, dass der Fonds für Geflüchtete klammheimlich mit 48 Milliarden Dollar aufgefüllt wird. Und so staunt man nicht schlecht wenn man erfährt, dass die Neuverschuldung des Bundes – ohne »Sondervermögen Bundeswehr« – statt der im offiziellen Etat genannten 17,2 Milliarden Euro tatsächlich mit dem Vierfachen, nämlich 78,2 Milliarden Euro, daherkommt. Von daher klares Diktum des Bundesrechnungshofs an Lindner: »Die weitere erhebliche offene und verdeckte Verschuldung des Bundes muss beendet werden.« Ausrufezeichen. Denn, das kann sich jeder ausrechnen, lauert hier ein »Sprengsatz«.

30 MILLIARDEN NUR FÜR ZINSEN

Gerade erst haben die Notenbankchefs der westlichen Wertegemeinschaft sich nach Jahren der absoluten Nullzinspolitik auf erhebliche Steigerungen des Zinssatzes um jeweils 0,75 Prozent verständigt. »Explodierende Zinsausgaben« sagt der Rechnungshof voraus. Wenn das Haus Lindner so weitermacht, könnte es sein, dass der Bund im nächsten Jahr alleine für Zinsen für sein beträchtliches Sondervermögen sage und schreibe 30 Milliarden Euro im Jahr abdrücken muss. Der Bund, das sind wir.

Der getroffene Bundesfinanzminister Lindner versichert allerdings der Öffentlichkeit via Twitter ganz entspannt, dass er sich durch den Bericht auf der ganzen Linie bestärkt fühlt. Das leuchtet ein. Denn wenn man einen roten Faden im Handeln der letzten Bundesregierungen erkennen kann, dann handelt es sich um eine konsequente Verschuldungspolitik, um möglichst rasch den Staatsbankrott und damit die Übernahme des Nationalstaats durch die Banken zu erzwingen.



Der Mittelstand muss auf die Straße

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

Der Deutsche Aktienindex hisst nicht einmal mehr die weiße Flagge, er vermeldet einen Tiefstand nach dem Anderen, aktuell bei knapp unter 12.700 Punkten, zuletzt verursacht durch den erneuten 30-prozentigen Anstieg des Gaspreises.

Ein leidiges, aber dennoch dominantes Thema. Zudem die Korrelation zum Strompreis ja gleichzeitig zu dessen Rekordpreisen führt. Lag er Anfang 2022 noch bei circa 114 Euro pro Megawattstunde, lag er dann zwischenzeitlich bei knapp 1.000 Euro, aktuell bei circa 550 Euro. Nervosität und Hysterie begleiten das Geschäft, eine bessere Entwicklung ist nicht vorherzusehen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das bei den Haushalten der Endverbraucher in voller Härte ankommt. Kommt dann der politisch vorhergesagte Wutwinter? Es wäre an der Zeit. Dann werden ihnen hoffentlich Aussagen, wie »egal, was die deutschen Wähler denken« vergehen. Das Gebot der Stunde unserer Regierenden lautet Energie sparen, es ist an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten.

Die globale Wettbewerbsfähigkeit, eh schon seit Jahren am Schwächeln, wird aktuell im gesamten Land zur Disposition gestellt, und was noch viel schädlicher ist: Konkurs anmelden oder ins Ausland verlagern sind die anscheinend grundsätzlichen Alternativen, beides schwächt und vernichtet am langen Ende in voller Konsequenz den deutschen Mittelstand. Es ist erschreckend, wie viele der deutschen »99 Prozent« nach wie vor die einfachsten Zusammenhänge ignorieren oder gar verleugnen. Sie verstehen anscheinend nicht wirklich, was die permanent steigenden Energiekosten für einen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft und deren Exportfähigkeit haben.

Zum Glück werden die Rufe der »99 Prozent« doch etwas lauter mittlerweile, nach einem Ende der selbstzerstörerischen Sanktionen, nach der Öffnung von Nord Stream 2, nach Diplomatie anstatt der Lieferung von Waffen. Leider wissen wir nur zu gut um die wahren Pläne der US-Eliten, sind sie doch im diametralen Widerspruch zu dem, was logisch absolut notwendig wäre. Deshalb: Es braucht uns auf der Straße, mehr als je zuvor.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | **PRAG WENDET SICH VON NATO UND CORONA-REGIME AB** | Von Anselm Lenz

Die Organisateure der Demonstration hatten zunächst von »mindestens 100.000 Versammelten« gesprochen, doch auch diese Zahl erwies sich als zu gering; in dieser Woche sprechen tschechische Medien von »mindestens 200.000 Demonstranten« gegen die Besetzung Kontinentaleuropas, den Nato- und EU-Expansionskrieg in der Ukraine und das Corona-Regime mit seinen inflationären Erdgas-Preisen.

Die Demonstration von Prag löste weltweit große Aufmerksamkeit und auch Begeisterung aus. Die Menschen von Stettin setzten ein Feuerwerk in Gang, in Warschau kam es zu Spontanversammlungen, ebenso in österreichischen Städten – dies nicht als plumpe Affirmation Moskaus, sondern als selbstbewusste Geste für den Frieden, für die Vernunft, für den Handel, für die Interessen des Volkes und gegen die Nato. Der Umbruch wurde auch in Amsterdam am Samstag gefeiert – mit der nächsten dortigen Großdemonstration.

Die Bilder der Demonstration von Prag aber gehen um die Welt. Die Tschechen haben die aus dem Nato-Hauptquartier Brüssel verordnete Einheitsfront und den aufgezwungenen Burgfrieden damit beendet. Der tschechische Justizminister befürchtet gar eine Revolution. Justizminister Pavel Blažek sagte in einer Rede vor der Abgeordnetenkammer am Freitag vergangener Woche: »Wenn die Regierung die Krise im Energiesektor nicht löst, wird sie nicht lange hierbleiben.«

BLATT HAT SICH IN PRAG GEWENDET

Am Montag folgte dann die große Demonstration von Leipzig. Die Demokratiebewegung, die sich seit 28. März 2020 zur größten Erhebung in den Jahrhunderten der Geschichte überhaupt entwickelt hat, hatte zum Augustusplatz aufgerufen. Ein mutiger kleiner Abgeordneter der Partei Die Linke, hielt den Burgfrieden der Corona-Terrorstruktur nicht mehr aus und rief aus, er wolle sich gemeinsam mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine der Demokratiebewegung an jenem Montag anschließen und sich einreihen.

Doch die unterwanderte Berliner Parteizentrale der Linkspartei ließ Sören Pellmann im Tscheka-Stil der Merkel-Lindner-Aktion zum Schweigen bringen. Im Februar 2020 war der gewählte Ministerpräsidenten Thüringens, Thomas Kemmerich (FDP), aus Berlin kaltgestellt worden. Ganz gleich, was man von Kemmerich hält: Ein Skandal, der im Februar 2020 weltweit bekannt wurde. Im März 2020 riefen dann Angela Merkel (CDU) und Jens Spahn (CDU) jene »zwei Wochen« Ausnahmezustand aus, die heute, zweieinhalb Jahre später, noch immer andauern.

Leipzig »links«: Pellmann wurde Wagenknecht und Lafontaine auf Dekret aus Berlin wieder weggenommen und stattdessen ein teurer Bühnenaufbau hingestellt – im Grunde alles an lokaler Eigenverantwortung abgenommen. Schließlich errichtete das Leipziger Stadtgouvernement auch noch mit sogenannten »Hamburger Gittern« eine Trennung zwischen der Demonstration Pellmanns, den vermeintlich Linken, und der Demonstration der Demokratiebewegung, den vermeintlich Rechten.

Die Propagandamedien sendeten ihre Schmierenkomödianten, um beide Seiten der Demonstration auf ein einziges Thema festzurahmen, nämlich die inflationierten Erdgaspreise. Eine Vertreterin des Propagandaformats Spiegel-TV, die sich dem Autor an Ort und Stelle als Nicole Groß (o.ä.) vorstellte, wollte mich sogar darüber belehren, dass ich »wohl hier falsch« sei bei der Demonstration der Demokratiebewegung. Es gehe hier, auf dieser Seite, lediglich »um die Energiepreise«. Zuvor hatte ich gerade den fünffach einhellig angenommenen Volksentscheid auf dem Augustusplatz durchgeführt.

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.

5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Doch Spiegel-TV wollte das gar nicht wahrgenommen haben. Die Inszenierung soll nach dem Willen der Propagandamedien nun also Demonstrationen gegen hohe Energiepreise vorsehen, während die Menschen weiterhin mit den Corona-Spritzen verstümmelt und getötet werden und der Regenbogen-Burgfrieden der Rüstungs- und Pharmakonzerne gen Osten schießt.

JEUNESSE DORÉE TANZT FÜR HOCHBEZAHLTE FUNKTIONÄRE

Wie immer dabei: Das Fake-Antifa-Ballett mit ein paar Schatzis aus der Jeunesse dorée, also die magersüchtigen Kids aus zerrütteten Oberschichtsfamilien im irren Revolutionsfummel. Mit dünnen Stimmlein rief ein halbes Dutzend über das Hamburger Gitter hinweg: »Es gibt – kein Recht – auf Nazipropaganda.« Und die Leute jenseits des Zauns hatten an der Aussage gar nichts auszusetzen, stimmten eher zu. Die Naziherrschaft ist 1945 vernichtet worden und liegt damit acht Jahrzehnte in der Vergangenheit. Heute geht es darum, Zensur, Kriegstreiberei, Massenmord und Totalitarismus im Westen abzuwehren, ein durchaus antifaschistisches Ziel.

Die Besetzung unseres Landes ist aber noch sehr real und die Frage ist, ob man sich am Tiefen Staat festklammert als Planke auf Hoher See oder ob man sich eher mit den eigenen Nachbarn, den Kolleginnen, den Menschen, mit denen man hier leben will (oder muss), verbündet. Die Kids von der Goldigen Jugend wollen sich lieber an der Nato festhalten – und da das eine zutiefst kriegerische Organisation ist, wird sich die Fake-Antifa dann auch bald an der Front wiederfinden und Seit' an Seit' mit echten Asow-Nazis kämpfen müssen. Auf dem Augustusplatz: Die einen bieten gute Nachbarschaft und Herz, die anderen nichts als Krieg und Propaganda.

Pellmann-Demo: mit viel Geld und Aufwand einige Hundert Demonstranten, während bei der freien Demonstration mit echten Linken und dem Montagsspaziergang der Demokratiebewegung ohne Altlasten aus Washington, Brüssel und ohne Berliner Apparatschiks sich die Schätzungen zwischen 4.000 und 10.000 Demonstranten bewegten. Das Erstere ist ein Desaster für den Parteienapparat, das Zweitere aber auch ein teilweiser Misserfolg für die Demokratiebewegung. Viel zu wenige Teilnehmer, um mit den Großdemonstrationen von Prag und Amsterdam mitzuhalten.

Am Rande des auf dem Leipziger Ring aufgestoppten und gestauchten Montagsspaziergangs kam es dann noch zu einem inszenierten Gehaue zwischen V-Leuten, obwohl der Zug wegen der Polizeisperre bereits umgekehrt war. Die V-Leute-Szene für die Kameras musste dann wohl, anders als von der BRD-Stasi geplant, dann am Rande stattfinden und war im Grunde nur eine Statistenschau von zwei Minuten – für »die Bilder, die wir gesehen haben«. Sie wurden dann auch zuverlässig in der Propagandaschau am Abend versendet.

Dieser Artikel als Podcast siehe apolut.net.



Osnabrück am 3. September 2022.
Foto: Georgi Belickin

GEGENOFFENSIVE GESCHEITERT

Neues von der Ostfront | Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland nach eigenen Angaben »eine Militäroperation in der Ukraine« durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen, Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Am Montag den 29. August startete die Ukraine gegen Mittag eine Gegenoffensive im Süden der Ukraine, wie eine Reihe westlicher Medien berichteten. Bis zu 15.000 Soldaten sollen ukrainischen Angaben zufolge teilgenommen haben. Diese Offensive sollte den Boden bereiten für eine großangelegte Rückeroberung des Südens, die Präsident Selensky schon vor einigen Wochen angekündigt hatte. Zunächst vermeldete Kiew den Rückzug russischer Truppen und die Rückeroberung einiger Stellungen. Doch schon am nächsten Tag teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass die Gegenoffensive zurückgeschlagen worden sei. Dabei hätte die ukrainische Seite massive Verluste erlitten. 1.200 ukrainische Soldaten seien bei der gescheiterten Offensive gefallen.

Dafür beschoss die Ukraine die der derzeitigen Front nahe gelegenen Stadt Cherson mit mehreren ballistischen Raketen. Auch ein zweiter Versuch einer Gegenoffensive wurde Angaben des russischen Verteidigungsministeriums und der Zivilmilitärischen Verwaltung Chersons zufolge zurückgeschlagen, wobei Kiew große Verluste erlitten habe.

Die Delegation Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat ihre Inspektion des Kernkraftwerks in Saporoschje abgeschlossen und hat das Gebiet verlassen. Allerdings blieben zwei ständige Inspekteure vor Ort, um auch für die Zukunft die Sicherheit des Kraftwerkes zu gewährleisten. Anfang September hatte die Mission das Kraftwerk inspiziert, wobei sich die Reise aufgrund starken Beschusses verzögert hatte.

Die militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje teilte mit, man habe der Delegation zahlreiche Beweise dafür übergeben, dass die Ukraine für den Beschuss verantwortlich sei. Dies gehe auch aus den Einschlagswinkeln der Geschosse hervor.

Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

»FEIGE RATTEN!«

Ein neofaschistischer Denunziant schrieb ihr nach ihrem schweren Autounfall: »Du Querdenker-Sau, deinen Unfall habe ich dir gegönnt.« – Die Sängerin NINA MALEIKA im großen DW-Interview.

Erst eine Wohnungsdurchsuchung, dann ein schlimmer Autounfall: Die Künstlerin und Widerstandsaktivistin Nina Maleika hat dramatische Wochen hinter sich. Im DW-Interview blickt sie kämpferisch und zuversichtlich nach vorn.

DW-Interview von Klaus Müller

DW: Nina Maleika, Sie hatten am 1. August in Ägypten einen schweren Autounfall, bei dem Sie sich zahlreiche Verletzungen zugezogen haben: Beide Füße und ein Arm waren gebrochen, die rechten Rippen angebrochen, dazu erlitten Sie mehrere Platzwunden. Wie geht es Ihnen?

Nina Maleika: Inzwischen wieder ganz gut. Ich arbeite sowohl mit einem Physio- als auch mit einem Traumatherapeuten zusammen, werde aber noch einige Wochen im Rollstuhl sitzen müssen.

DW: Sie bezeichneten den Unfall als eine Grenz- und Erleuchtungserfahrung. Können Sie das erläutern?

N.M.: Nachdem sich das Auto überschlagen hatte, war ich erst kurz benommen, als ich aufwachte plötzlich total erfüllt. Es ist schwer zu beschreiben. Ich fühlte eine grenzenlose Liebe, war mit allen Menschen verbunden. Der Unfall war ein riesiger Einschnitt in mein Leben, in meine Gedankenwelt. Seitdem weiß ich umso mehr: Der Weg, den ich eingeschlagen habe, ist absolut richtig. Ich muss ihn unbedingt weitergehen.

DW: Sie sind nicht nur eine bekannte Widerstandsaktivistin, sondern zudem Sängerin, Songschreiberin, Musikpädagogin und Moderatorin. Vor Corona haben Sie mit Künstlern wie Roger Cicero, Jan Delay und Udo Lindenberg zusammengearbeitet. Wie hat sich Ihr Leben seit Anfang 2020 verändert?

N.M.: Die Kulturbranche hatte bekanntlich stark unter den Coronamaßnahmen zu leiden. Ich habe mich früh sehr kritisch zum politischen Kurs geäußert und bekam deutlich zu spüren, dass Ansichten, die vom Regierungsnarrativ abweichen, nicht erwünscht sind. Die Folgen waren mir klar: Ich wusste, dass ich nachhaltig in eine bestimmte Ecke gestellt und einige Jobs nicht mehr bekommen werde. So kam es auch: Viele Bands und Tourneeveranstalter haben mich *gecancelt*.

DW: Hat die Künstlerbranche versagt?

N.M.: Ich glaube, man muss zwei Gruppen unterscheiden: Es gibt Künstler, die ans Regierungsnarrativ glauben, Corona für gefährlich halten und davon überzeugt sind, dass wir uns solidarisch gegenseitig schützen müssen. Dann gibt es Künstler, die zwar skeptisch sind, das böse Spiel aber mitmachen, weil sie im System gefangen sind, Angst vor Gegenwind haben und berufliche und finanzielle Nachteile befürchten. Das sind für mich Heuchler.

DW: Gerade die großen populären Stars, die finanziell längst ausgesorgt haben, hätten es sich doch leisten können, ihren Mund aufzumachen. Oder?

N.M.: Das Finanzielle ist nur die eine Seite, diese Künstler wollen ihr *Standing* nicht verlieren. Sie haben große Firmen hinter sich und tragen zudem Verantwortung für ihre eigenen Angestellten. Wenn man in dieser Situation seinen Mund aufmacht, ist klar, dass man seine Karriere und seinen guten Ruf verliert. So ist das heutzutage leider. Es erfordert sehr viel Mut, den viele offenbar nicht haben. Rational kann ich diese Verhaltensweise nachvollziehen, emotional aber nicht. Für mich gibt es keinen triftigen Grund, so zu handeln. Vor allem Künstler wie Lindenberg und Westernhagen, die über Freiheit singen, haben mich hochgradig enttäuscht.

»DIE HABEN SICH MIT DER FALSCHEN ANGELEGT«

DW: Sie haben zwei Jahre mit Udo Lindenberg zusammengearbeitet. Sehen Sie ihn heute mit anderen Augen?

N.M.: Ja, für mich ist er ein Fascho vor dem Herrn. Er hat Menschen vor die Wahl gestellt: Corona-»Impfung« und weitere Zusammenarbeit oder es ist Schluss! Wenn das kein faschistoides Verhalten ist, was denn sonst? Aus sicherer Quelle habe ich erfahren, dass er sogar Antikörpertests von seinen Musikern verlangt. Herr Lindenberg hat offenbar große Angst vor dem Virus. Aber es gibt Grenzen. Und die werden auch von vielen anderen namhaften Künstlern massiv überschritten. Max Mutzke hat ebenfalls einen »ungeimpften« Musiker ausgeschlossen.

DW: Es gab Musiker wie Die Toten Hosen, die in den sozialen Medien Werbung für die Spritzen gemacht haben, andere, unter anderen Westernhagen, haben Fotos von ihrer Injektion veröffentlicht. Wie denken Sie darüber?

N.M.: Ich finde es schlimm, nein, unterirdisch. Meine Verachtung diesen Künstlern gegenüber ist riesengroß.

DW: Wie sind Sie mit den Musikern, mit denen Sie zu tun hatten, auseinandergegangen?

N.M.: Die meisten von ihnen sind feige Ratten. Die sagen es einem nicht, wenn sie ein Problem mit dir haben, lästern aber hinter deinem Rücken. Andere löschen dich bei Facebook aus ihrer Freundesliste oder sind ganz mutig und schicken eine böse Nachricht über die sozialen Medien. Es gab nur eine einzige Person, die mir offen ins Gesicht gesagt hat, dass meine Entwicklung bedenklich sei. Damit kann ich umgehen. So viel Rückgrat haben leider die Wenigsten. Das sagt viel über den Zustand unserer Gesellschaft aus.

DW: Es gibt neben Ihnen noch ein paar andere Kollegen, die lautstark Kritik äußern, zum Beispiel Nena, Julia Neigel, Lisa Fitz. Wie finden Sie das?

N.M.: Ganz wunderbar. Man sollte den Fokus besser auf diese Künstler legen als auf die großen Stars, die ihren Mund nicht aufkriegen. Es heißt oft, wir wären nur wenige. Das glaube ich nicht. Wir sind vielleicht nur manchmal noch zu leise.

DW: Sie sprachen vorhin über berufliche Konsequenzen, die Sie zu tragen haben, weil Sie dem Narrativ nicht folgen wollten. Ist Ihre Karriere nun zerstört?

N.M.: Im *Mainstream* bin ich abgemeldet, aber über andere Kanäle läuft es hervorragend für mich. Unsere Bewegung ist stark, groß und inzwischen wie eine Parallelwelt. Darin bin ich gut eingebettet. Ich habe einen großen Wirkungskreis, arbeite als Musikerin und Moderatorin derzeit an mehreren Projekten. Wenn sich eine Türe schließt, öffnet sich eine andere. Und lieber backe ich mal kleinere Brötchen, als mir meinen Mund verbieten zu lassen, nur um in irgendeiner Band die *Background*-Sängerin geben zu dürfen.

DW: War Ihnen eigentlich von Beginn der Pandemie an klar, was passiert?

N.M.: Als 2020 der *Lockdown* verhängt wurde, saß ich in Thailand am Strand. Von der allerersten Sekunde an wusste ich: Leute, das, was ihr uns da weismachen wollt, stimmt nicht. Mir war klar, dass es nicht um einen gefährlichen Virus ging, sondern alles nur ein Vorwand war für das totalitäre Szenario, das wir seitdem erleben.

DW: Kommen wir zu einem Vorfall, der sich im Juli ereignet hat: Während Ihrer Abwesenheit wurde Ihre Wohnung von der Polizei durchsucht, weil Sie im Dezember 2021 einen gefälschten Impfausweis vorgelegt haben sollen. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

N.M.: Es ist ein laufendes Verfahren. Meine Anwälte kümmern sich darum. Nur so viel: Eine Dame hat *online* einen Denunzianten-Antrag gestellt. Wir leben hier ja inzwischen in der DDR 2.0. Aber Fakt ist: Die Polizei hat in meiner Wohnung keinen gefälschten Impfausweis gefunden. Sie haben also nichts gegen mich in der Hand. Davon abgesehen stellt sich natürlich auch die Frage der Verhältnismäßigkeit. Wir müssen anerkennen, dass wir in Deutschland mittlerweile in einem Staat leben, in dem derartige Polizeikommandos legitimiert sind, was sehr bedenklich ist.

DW: Hatten Sie damit gerechnet, dass eine derartige Aktion Sie treffen könnte?

N.M.: Ganz ehrlich: Ich war im ersten Moment etwas erschrocken, dachte dann aber sofort: »Okay, Paul Brandenburg hatten sie kurz zuvor auch schon Hops genommen. Warum also nicht auch mich?« Es kann jeden in der Widerstandsbewegung treffen, der ein bisschen lauter und bekannter ist.

DW: Ein Einschüchterungsversuch?

N.M.: Diese Vermutung liegt nahe. Aber da haben sie sich definitiv mit der Falschen angelegt. Derartige Vorfälle bewirken bei mir das Gegenteil. Das war schon so, als ich im Mai 2021 auf einer Kinderdemo in Berlin von einem gewaltsamen Polizisten angegriffen und verhaftet wurde. Auch hierzu läuft das Verfahren noch. Mein Anwalt hat noch immer keine Akteneinsicht erhalten.

DW: Sie sagten mal in einem Interview, Sie hätten »größere Eier als viele Männer«. Wie kommts?

N.M.: Ich habe ein hohes Wutpotential in mir, war schon als Kind eine Löwin. Wenn mir jemand dumm gekommen ist, habe ich ihm gegen sein Schienbein getreten und wenn mir in der Kita etwas nicht passte, Teller gegen die Wand geschmissen. Ich bin ein sehr temperamentvoller, forscher, lauter Mensch und gehe immer nach vorne. Deshalb haben die meisten Männer Angst vor mir. So ist das eben mit starken Frauen.

DW: Nur noch kurz und kalt duschen, Waschlappen benutzen … Wie denken Sie über die Verhaltensempfehlungen unserer Politiker?

N.M.: Ich reagiere mit hysterischen Lachanfällen, pinkle mir dabei fast in die Hose. Es ist einfach so grotesk, dass man es nur noch mit viel Humor ertragen kann.

DW: Das, was in unserem Land seit fast drei Jahren passiert, ist so offensichtlich, dass es doch eigentlich jedem auffallen müsste, oder?

N.M.: Ja, sicher! Hätte es beim Nazi-Regime auch. Da haben sich hinterher alle gefragt: Wie konnte das bloß passieren? Und alle waren sich einig: Es darf sich niemals wiederholen! Doch jetzt passiert es erneut.

DW: Fühlen Sie sich als eine Staatsfeindin?

N.M.: In den Augen der Bundesinnenministerin sind wir in der Bewegung das wohl alle. Wahr ist: Ich bin eine Staatsverachterin, weil ich das, was die Regierung seit fast drei Jahren mit uns macht, aus tiefster Überzeugung ablehne und bei diesem Spiel nicht mitmache.

DW: Der kommende Herbst dürfte heiß werden. Wie blicken Sie derzeit auf den Widerstandskampf?

N.M.: Ich finde es wichtig, weiter auf die Straße zu gehen. Wir brauchen den Widerstand an allen Ecken und Enden. Was manchen Menschen noch nicht bewusst ist: Wir haben ganz viele Ressourcen und Möglichkeiten, gut durch diese schwierige Zeit zu kommen.

DW: Viele befürchten, der *Great Reset* könnte bald Realität werden. Sie auch?

N.M.: Ich kenne das Buch von Klaus Schwab. Aber kann es als Manifest gewertet werden? Ist sein Buch die Vorlage, um eine neue Weltordnung zu installieren? Viele glauben das, aber keiner von uns weiß es. Niemand kann es belegen. Es sind nur Vermutungen und Interpretationen. Und das ist mein Kritikpunkt an der Bewegung: Wir tun so, als wüssten wir alles. Doch damit machen wir uns angreifbar.

DW: Was schlagen Sie vor?

N.M.: Die Frage ist doch: Worauf setzen wir unseren Fokus? Wollen wir uns wirklich Gedanken machen über Klaus Schwab oder Bill Gates? Ich finde, das hat keine Relevanz. Wir haben schon vor langer Zeit die Eigenverantwortung abgegeben. Die meisten von uns wissen gar nicht mehr, wer sie sind und was sie überhaupt wollen. Wir wollen aus diesem kranken und kaputten System rauskommen. Also sollten wir uns darauf konzentrieren, Menschen aus ihren Löchern zu holen, sie zu unterstützen und miteinander zu vernetzen. Es geht darum, die destruktive Endzeitstimmung abzulegen, in die Positivität zu kommen und Neues zu schaffen.

DW: Wie kann das konkret aussehen?

N.M.: Es ist nicht so, dass wir im System gefangen sind, auch wenn man uns das von klein auf an glauben lassen will. Es gibt viele Möglichkeiten, sich sukzessive Stück für Stück davon zu befreien. Wir müssen uns innerhalb der Bewegung gegenseitig Impulse geben und ein neues Bewusstsein schaffen. Ich kenne Eltern, die gründen Initiativen, weil sie ihre Kinder nicht dem System zuführen wollen: Freilernen statt Schule! Es gibt Menschen, die sind aus dem Geldsystem aus- und in den Tauschhandel eingestiegen. Auch Kryptowährung kann eine Alternative sein.

»WÄRE LIEBER VERBLUTET, ALS MIR ›GEIMPFTES‹ BLUT VERABREICHEN ZU LASSEN«

DW: Was noch?

N.M.: Es ist auch niemand verpflichtet, eine Krankenversicherung zu haben. Das viele Geld dafür könnte man sich sparen und Arztrechnungen aus eigener Tasche bezahlen. Und noch ein Beispiel: Nach meinem Unfall musste ich mich in Deutschland operieren lassen und wurde vorher gefragt, ob ich, wenn etwas schieflaufen sollte, mit einer Bluttransfusion einverstanden sei. Ich lehnte zum Entsetzen der Ärzte ab. Ich wäre lieber verblutet, als mir »geimpftes« Blut verabreichen zu lassen. Zum Glück ging alles gut. Aber ich ziehe Konsequenzen daraus: In naher Zukunft möchte ich eine alternative Blutdatenbank generieren. Wenn man beim DRK Blut spendet, wird nicht vermerkt, ob man gegen Corona »geimpft« ist oder nicht. Unfassbar! Das ist ein Verbrechen.

Empfinden Sie den Widerstandskampf als kräftezehrend?

N.M.: Wir sind im dritten Jahr dieses Wahnsinns. Natürlich bin auch ich anfangs durch Täler gegangen. Aber inzwischen lasse ich Negatives nicht mehr an mich heran. Ich habe radikal aussortiert in meinem Leben, lasse nur noch rein, was mir guttut. Nach meinem Unfall bekam ich eine Zuschrift: »Du dumme Querdenker-Sau, deinen Unfall habe ich dir von Herzen gegönnt.« Hat mich null tangiert – ganz im Gegensatz zu den hunderten liebevollen Genesungswünschen, die ich erhielt. Ich habe ein positives Energiefeld um mich herum. Mein Weg ist frei. Nichts hält mich auf. Man muss wissen, was man will. Und man muss das Kollektiv sehen: Es zählt nur das, was wir in uns haben. Die Liebe, die ich ausstrahle, kommt wie ein Bumerang zurück.

Nina Maleika, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Nina Maleika hält mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg: »Das, was die Regierung seit fast drei Jahren mit uns macht, lehne ich aus tiefster Überzeugung ab.«
Foto: Torstenphotography/Torsten Gülstorf

DIE RICHTIGEN GEFÜHLE

Zum Antisemitismus-Eklat auf der Documenta. | KOMMENTAR von Werner Köhne

Die Documenta war von ihren Anfängen an mehr als ein Kunstereignis unter vielen. Sie fand in einem Land statt , das s onst nicht im Rufe stand, Kunst als Lebenskunst zu feiern – und dies auch noch über Monate hinweg.

Mehr Versammlungs- und Sammlungsstätte als Markt für liquide Sammler, erhielt die Documenta schon ein exotisches Flair allein durch ihren Ort: Das an der Grenze zur DDR gelegene eher verwunschene Kassel wurde zur Pilgerstätte für Kunstliebhaber, vagabundierende Freigeister und C4-Entenfahrer. Vor allem auf dem ersten großen Höhepunkt in den Jahren 1968 und 1972.

Da lugte eine neue BRD von der Wilhelmshöhe herunter in deutsche Tiefebenen des Zeitgeistes; Mann und Frau reisten mit Herbert Marcuses Buch von »der Triebstruktur und Gesellschaft« an – und überall auf der Documenta präsent war der entfesselte Künstler und Bäumepflanzer Joseph Beuys. Der Autor dieser Zeilen erlebte damals eine Art Invitation. Mit Beuys und seinem Schüler Anatol soff er an einem Nachmittag zwei Flaschen Schnaps leer, bevor ich als nicht so sattelfester Trinker mir eine Alkoholvergiftung zuzog und umkippte – worauf Beuys über mich gebeugt seine Sorge mit dem wirren Teenie dokumentierte. Aber was sollte das Malheur in diesen Tagen. Es ging aus der Klinik zurück – frei nach Lobo: *Another tank of gas and back on the road again.*



Der Blick auf den Schloßpark in Kassel. Foto: Nikanos (cc)

EIN ZEITTYPISCHER DEUTSCHER DISKURS

Warum diese langwierige Introduktion für die aktuelle Documenta? Man bricht auch heute noch landesweit nach Kassel auf, aber der vitale (noch nicht virale) Ereignischarakter der doch damals so anregend war, wird heute überlagert durch einen verbissen geführten dabei doch sehr zeittypischen deutschen Diskurs. Es geht um den Vorwurf des Antisemitismus, der an ein indonesisches Künstlerkollektiv gerichtet war. Auf einer großformatigen Leinwand sah man einen Soldaten mit Schweinegesicht und einem Davidstern; an anderer Stelle eine Figur mit Davidstern, Raffzähnen, Hakennase und und Schläfenlocken. Das war natürlich starker Tobak und hätte verhindert werden müssen – am besten wohl von den Künstlern in Selbstregie.

Der eigentliche Skandal aber wurde dann doch schnell festgemacht an den mangelnden und falschen Reaktionen sogenannter Verantwortlicher danach. Ich will mich hier kurz fassen. In guter deutscher Tradition der Gesinnungsethik ging es um diese Frage: Richtig gemacht – oder falsch gemacht. Das ist seit Auschwitz der Motor des deutschen Diskurses zum Antisemitismus. Der damit einhergehende Korrektheitswahn eint Antisemiten und Philosemiten gleichermaßen. Es geht ihnen dabei auch um die richtigen Gefühle. Beide sehen in Juden tabuisierte Figuren – Opfer oder Phantome – und nicht Menschen. Diese Verengung aufzubrechen sollte auch ein Anliegen der Documenta sein. Auf »Verantwortliche« wie unseren schaurigen Bundespräsidenten möchte ich da gern verzichten.



AUFGEBEN IST KEINE OPTION

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Pastor Christian Stockmann

Wenn ich daran denke, mit wie viel Einsatz Menschen vorangegangener Generationen für die Freiheit gekämpft haben, Männer wie Martin Luther King oder William Wilberforce!

Wie sie »against all odds« (dt. allen Widrigkeiten zum Trotz) einfach nicht aufgegeben haben – dann erfüllt mich das mit Ehrfurcht. Wenn ich das mit meinem bisherigen Einsatz vergleiche, überkommt mich das Gefühl, dass der Kampf noch gar nicht richtig angefangen hat. Aufgeben ist also keine Option.

Aus China erreichen uns beängstigende Bilder: Millionen Chinesen werden von einem menschenverachtenden System über Wochen hinweg wie Schafe eingesperrt. Menschen, die im Ebenbild Gottes erschaffen und zur Freiheit berufen sind. Auch in Europa hat diese Menschenverachtung auf erschreckende Weise Einzug gehalten.

Man müsste einen hohen Finderlohn ausschreiben, um hierzulande Behörden oder Institutionen zu finden, in denen Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit noch wertgeschätzt werden. Eine elegant getarnte Schein-Demokratie hat die Masken fallen lassen und ihre hässliche Fratze von Diktatur und Polizeistaat gezeigt.

Eine Absurdität reiht sich an die nächste. Die Bundesregierung steht bereit, weiter Gesetze zum »Schutz der Bevölkerung« zu beschließen. Doch Fakt ist: Die Bevölkerung braucht Schutz vor dieser Regierung, die das Grundgesetz aushebelt. Eine Regierung, die 660 Millionen Impfdosen für 12,5 Milliarden Euro einkauft – also plant, jeden Bürger mindestens achtmal gegen Covid zu impfen. Dabei wird die Gruppe der Impfgeschädigten täglich größer! Eine Anwaltskanzlei vertritt bereits 400 Mandanten und kämpft um die Anerkennung ihrer Impfschäden – kein einziger Fall wurde anerkannt! Nebenbei kauft man der Firma Pfizer nochmal eine Million Packungen Paxlovid für 500 Millionen Euro ab, eine Packung á 500 Euro!

Wir Christen im Widerstand gehen weiter auf die Straße! Und wir haben beschlossen, eine zweite Aufklärungsbroschüre herauszugeben. Die erste mit insgesamt 850.000 Heften ist vollständig vergriffen. Die neue, 60-seitige Ausgabe wird Ende September verfügbar sein. Wir klären über Impfschäden, Übersterblichkeit, Geburtenrückgang und Blutbildveränderungen auf. Bestellungen hier: christen-im-widerstand.de/impfung.

POP POP

Von Nicolas Riedl



Das Print-Flaggschiff der deutschen HipHop-Kultur macht dicht. Foto: Facebook: JUICE Magazin.

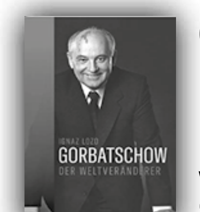
DEM DEUTSCHEN RAP GEHT DER SAFT AUS

Nach 25 Jahren schließt Deutschlands größtes Hip-Hop-Magazin, die *JUICE*, seine Pforten. Bereits 2019 stellte das Magazin sein Druckerzeugnis ein und bot von da an seine Inhalte nur noch digital an. Doch auch damit ist nun Schluss. In der Stellungnahme heißt es, dass die Corona-Krise und ihre Nachwirkungen die *JUICE* nicht aus dem Klammergriff lasse. Das Sterben der *JUICE* ist ein weiterer Indikator dafür, wie es bei jungen Menschen um das (gedruckte) geschriebene Wort steht: miserabel! Das Bewegtbild dominiert, vertreibt das geschriebene Wort und verflacht die Sprache. Zugleich symbolisiert das Verschwinden der *JUICE* das analoge Verschwinden eines der Kernelemente des Hip-Hops: Widerstand und Aufmüpfigkeit gegen die Obrigkeit. Bis auf wenige Ausnahmen war davon im Deutschrap nichts zu vernehmen und ebenso wenig in der *JUICE*. Das Magazin schlug in die gleiche Mainstream-Kerbe und diskreditierte Maßnahmen-Kritiker, statt ihnen in alter Hip-Hop-Manier ein Sprachrohr zu bieten. Dass es in der Rap-*Community* so wenig Rückhalt gibt, um das Magazin weiterhin zu betreiben, zeigt, wie sich diese – bedauerlicherweise – absterbende Kultur von der der freien, alternativen Medien unterscheidet.

PETZ-PRESSE

Manche Redaktionsstuben entwickeln dieser Tage ganz und gar eigenartige Vorstellungen von einem Journalismus-Ethos, der da lautet, dass man als Journalist Festivalbetreiber anschreibt und diese mit den Künstlern ihres »Line-Ups« konfrontiert. Dabei werden aus dem luftleeren Raum konstruierte Vorwürfe dargelegt, dass dieser oder jener Künstler, der auf diesem Festival auftreten soll, rechts oder schlimmeres sei. So geschah es dem Rapper Äon, dessen Texte in etwa so rechts sind, wie der Straßenverkehr in Großbritannien. In einem Audio-Statement zu Beginn seiner neuen »Das neue Äon«-Podcastfolge wies der Wiener Rapper die Vorwürfe entschieden zurück, legte seine künstlerischen Beweggründe dar und riet den »Journalisten«, sich den realen Problemen auf der Welt zuzuwenden.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin


Gorbatschow.
Der Weltveränderer
Ignaz Lozo
wbg Theiss
978-3-8062-4173-0


Lügen in Kriegszeiten.
Kritische Betrachtungen
Arthur Ponsonby
Westend
978-3-86489-387-2


Der Schlüssel zur Weltherrschaft.
Die Heartland-Theorie mit einem Lagebericht von Willy Wimmer
Halford John Mackinder
Westend
978-3-86489-289-9


Der kurze Frühling
der Räterepublik.
Ein Tagebuch der bayerischen Revolution
Simon Schaupp
Unrast
978-3-89771-248-5


Schaden in der Oberleitung.
Das geplante Desaster der Deutschen Bahn
Arno Luik
Westend
978-3-86489-902-7


Weiße Rhetorik.
Überzeugen statt manipulieren
Wladislaw Jachtchenko
Goldmann
978-3-442-17872-8


Von Menschen und Mensch*innen.
20 gute Gründe, mit dem Gendern aufzuhören
Fabian Payr
Springer
978-3-658-33126-9


Minima Mortalia.
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz
978-3-982-27450-8


Zwei Tage in Berlin.
Fest für Frieden und Freiheit 29.-30.08.2020
Hannes Henkelmann
Driediger Verlag
978-3-932-13063-2


Vor der »Impfung« waren sie gesund. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie nicht Ihren Arzt oder Apotheker
Andrea Drescher
ars vobiscum
978-3-950-52341-6

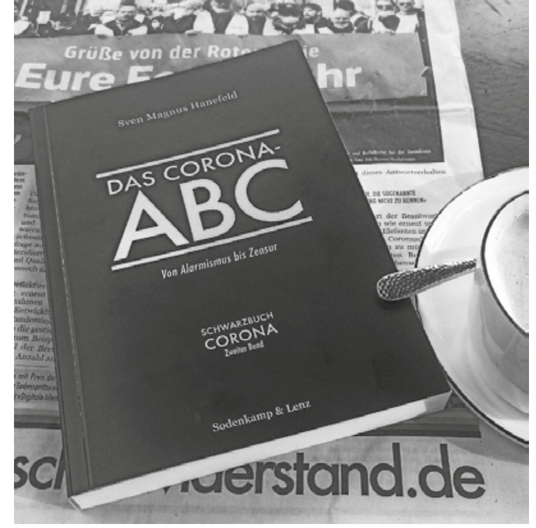
ABC aus Bremen

Von Anselm Lenz

Zum schwärzesten Tag für die Demokratie in Deutschland seit 1945 zog der real existierende Neofaschismus am 5. Dezember 2020 mit der Bundespolizei ein erbärmliches Militärtheater mitten in der Stadt Bremen ab.

Zuvor hatte der kriminelle Konzernlobbyist Stephan Harbarth das Bundesverfassungsgericht zu einer Deppenbude gemacht – und mit seinem *Fake*-Urteil Grundgesetz und Menschenrecht einem Entwertungsversuch unterzogen. Am Abend dieses traurigen Tages traf ich den Autor Sven Magnus Hanefeld am Bremer Hauptbahnhof. Wir besahen uns die bis ins Absurde instrumentalisierten Beamten »bei der Arbeit«: Die eigenen Mitmenschen im Auftrag von Konzernoligarchen belügen und schänden. Das massenmörderische Spritzenregime hatte noch nicht begonnen, aber Hanefeld und mir schwante Böses. »Die wollen noch morden. Massenhaft.«

Der Journalist und Fotograf Hanefeld: Ein gebürtiger »Verschwörungstheoretiker«? Mitnichten. Ein erfahrener Professioneller mit Niveau. Wir vereinbarten die Zusammenarbeit. Verlagskollege Hendrik Sodenkamp schlug die Form des Nachschlagewerkes mit informativ-unterhaltsamen Artikeln von »A wie Alarmismus« bis »Z wie Zensur« vor – und führte das Projekt verlegerisch durch.



Die neue Pflichtlektüre am Frühstückstisch.
Foto: DW/privat

Nach Dr. Werner Köhne, Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan, Gunnar Kaiser, Professor Klaus-Jürgen Bruder, Dr. Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther wird Sven Magnus Hanefeld nun Buchautor bei uns. Wir sind darauf stolz und dankbar. Das Buch liegt soeben druckfrisch vor. Dr. Beate Bahner, die hochangesehene Medizinethikerin und Fachanwältin für Medizinrecht, schreibt im Nachwort des Werkes: »Von A bis Z finden sich mal kurz, mal ausführlich nahezu alle Begrifflichkeiten, mit denen wir seit März 2020 konfrontiert werden. Dieses ABC ist wichtig, es ist hilfreich, es macht Spaß und es füllt eine Lücke!«

Sven Magnus-Hanefeld: Das Corona-ABC. Von Alarmismus bis Zensur. Reihe Schwarzbuch Corona, zweiter Band. Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, Berlin 2022. Bestellbar im Buchhandel und verlagsseitig direkt via sodenkamplenz.de

SPORT MIT BERTHOLD

GATES WILL MÜCKEN FREISETZEN

Es sind noch nie so viele Hochleistungssportler verstorben wie derzeit. Was muss noch passieren, damit die Menschen endlich die Zusammenhänge verstehen?

Der Virus wurde in einem Militärlabor entwickelt – und die Injektionen, genannt »Impfungen«, schädigen für immer das Immunsystem. Ein extrem reich gewordener Programmierer aus den 1980er Jahren, Bill Gates, will nun Milliarden von Mücken freisetzen. Ein Video aus der Reihe »Gates Notes« (Gates Notizen) stellt ein World Mosquito Program vor, ein »Weltmückenprogramm«. Die Mückenfabrik dazu befindet sich in Medellín, Kolumbien. Die Mückenschwäre können dem Video zufolge mit Drohnen oder Mopedfahrern ausgebracht werden. Die Stechmücken können dann allerlei »Gutes« in die Welt bringen. Das Video endet damit, dass der Leiter der Fabrik frohlockt, dass das Ziel sei, die Mücken »in Gemeinden zu liefern, die sie benötigen«.

Hallo, Gates noch? Die mediale Ablenkung und Verunsicherung läuft auf Hochtouren weiter. Selber denken und der gesunde Menschenverstand sind mehr gefragt denn je.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

„ES GEHÖRT OFT MEHR MUT DAZU, SEINE MEINUNG ZU ÄNDERN, ALS IHR TREU ZU BLEIBEN.“ FRIEDRICH HEBBEL

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 104. Ausgabe ab Samstag, 10. September 2022. | Redaktionsschluss war am 8. September | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 105 erscheint am 17. September 2022.